



Beauftragte der  
Bundesregierung für Migration,  
Flüchtlinge und Integration



Der Beauftragte für  
die deutsch-französische  
Zusammenarbeit

# INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT

Eine deutsch-französische Initiative

Diese Publikation ist im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg/Paris (dfi) zusammengestellt worden.

Redaktion: Frank Baasner, Isabelle Villegas

©Auswärtiges Amt, 2007.

# INHALT

<b>Vorwort von Catherine Colonna und Günter Gloser</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort von Maria Böhmer und Azouz Begag</b>	<b>5</b>
<b>Einleitung von Frank Baasner</b>	<b>10</b>
<b>Dokumente</b>	
Offizielle Erklärung des 6. deutsch-französischen Ministerrates vom 14. März 2006: „Europa der Chancengleichheit: Integration ist Zukunft“	<b>34</b>
Deutsch-französisches Forum der guten Praxisbeispiele vom 18. Juli 2006	<b>42</b>
Integrationsgipfel vom 14. Juli 2006 : Offizielle Erklärung der Bundesregierung	<b>46</b>
Tätigkeitsbereich des französischen Ministeriums für die Förderung der Chancengleichheit	<b>51</b>
Ein deutsch-französisches Netzwerk zum Austausch von beispielhaften Initiativen auf regionaler und lokaler Ebene	<b>54</b>
7. deutsch-französischer Ministerrat: Integration und Chancengleichheit, Sachstand, Initiativen, Perspektiven	<b>57</b>
Empfehlungen und Vorschläge der Jugendlichen an den deutsch-französischen Ministerrat	<b>61</b>
Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland	<b>63</b>
Französische Charta der Vielfalt im Unternehmen	<b>65</b>
Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft	<b>67</b>
<b>Kalender2006 –2007</b>	<b>71</b>
<b>Anhang</b>	<b>79</b>



# VORWORTE

## **Catherine Colonna – Günter Gloser**

Chancengleichheit und Integration sind Schlüssel für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Zukunft Europas. Unter diesem Leitgedanken und in der Tradition der Öffnung gegenüber dem Partner, die der deutsch-französischen Zusammenarbeit zugrunde liegt, haben unsere beiden Länder anlässlich des 6. deutsch-französischen Ministerrats im März 2006 den Dialog zur Integration und zur Chancengleichheit begonnen. Diesen Dialog, der von der Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten initiiert wurde, koordinieren wir mit den Staatsministern für Integration und Chancengleichheit. Er zielt darauf ab, insbesondere den Jugendlichen in beiden Ländern, gleich welcher Herkunft und sozialer Zugehörigkeit, neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen, unter anderem durch eine Förderung der Mobilität. Die Vielfalt in der Gesellschaft und den jeweils Anderen zu achten – diesem Ziel sind unsere beiden Länder verpflichtet. Als Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit begrüßen wir den Erfolg dieser einzigartigen Initiative der beiden Regierungen, die einen gründlichen und fruchtbaren Dialog zwischen unseren beiden Gesellschaften ermöglicht hat.

Von Anfang an war es uns ein ganz besonderes Anliegen, diesen Dialog auf einer möglichst breiten Basis zu führen und von der lokalen Ebene bis zur europäischen Dimension die Mitwirkung einer möglichst breiten Palette von Akteuren zu erzielen, die mit Fragen der Chancengleichheit befasst sind. Eine Vielzahl von Akteuren haben auf diesen Aufruf geantwortet: Parlamentarier, Ministerien, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Antidiskriminierungsbehörden, Sozialverbände und Vereine.

Im Rahmen des deutsch-französischen Dialogs zur Integrationspolitik hat es die Konferenz über gute Praxisbeispiele vom 18. Juli 2006 ermöglicht, einen dauerhaften Diskussions- und Koordinierungsprozess auf den Weg zu bringen und eine Vielzahl von lokalen, nationalen und bilateralen Akteuren zu vernetzen. Das Treffen des französischen Staatspräsidenten und der Bundeskanzlerin mit Jugendlichen am 12.

Oktober während des deutsch-französischen Ministerrats, die ihnen einen unter Mitwirkung des DFJW erstellten Bericht zu konkreten Maßnahmen übergeben haben, ist eine zweite wichtige Etappe. Von den zahlreichen Treffen seien hier nur genannt : das „15. Evian-Treffen“ deutscher und französischer Unternehmer, die sich mit den Themen Integration und Chancengleichheit befasst haben, die Treffen der Freundschaftsgruppen von Senat und Bundesrat sowie Assemblée nationale und Bundestag vom 5. bis 7. Oktober 2006 und die zweite Jahreskonferenz der französischen und deutschen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft am 19. Januar 2007, die sich mit dieser Frage befasst haben.

Die Umsetzung dieser Initiative stellen wir eine Herausforderung dar, zum einen aufgrund der vielfältigen Aspekte dieses Themenbereichs, der eine Schnittmenge von aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist (Erziehung, Sport, Kultur, Urbanismus, Beruf), zum anderen aufgrund der bestehenden Unterschiede in unseren beiden Ländern. Aus dieser Unterschiedlichkeit möchten wir den Mehrwert ziehen, der diesen Austausch zum Erfolg machen wird.

Im Rahmen des europäischen Jahres der Chancengleichheit werden die Ergebnisse des bilateralen Dialogs in unseren Austausch mit unseren europäischen Partnern einfließen, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Mehrere Veranstaltungen und Initiativen werden sich, insbesondere unter deutscher Präsidentschaft, mit dieser Frage befassen.

Der vorliegende Zwischenbericht, der anlässlich des Deutsch-Französischen Tages veröffentlicht wird, ist neben einer Positionsbeschreibung vor allem Gelegenheit für einen Ausblick. Wir danken dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg, das diesen Bericht erstellt hat. Wir nehmen die in ihm enthaltenen Anregungen auf und hoffen, dass es uns eine Vielzahl von Akteuren gleich tun werden.



Catherine Colonna  
Ministre délégué aux Affaires  
européennes  
Secrétaire générale pour la  
Coopération franco-allemande



Günter Gloser  
Staatsminister für Europa  
Beauftragter für die deutsch-  
französische Zusammenarbeit



## **Maria Böhmer - Azouz Begag**

Integration und Chancengleichheit haben in Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Ziel: Jeder soll unabhängig von seiner kulturellen und sozialen Herkunft und seines Wohnortes seine Fähigkeiten und Begabungen zur Geltung bringen können, in einer Gesellschaft, die Vielfalt akzeptiert und niemanden diskriminiert.

In Deutschland steht die Integration im Zentrum der politischen Debatte. „Wie wollen wir zusammen leben?“ – diese Schlüsselfrage muss von der Politik, der Bürgergesellschaft und den Männern, Frauen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gemeinsam beantwortet werden. In einer ehrlichen Diskussion erarbeiten diese Partner den ersten nationalen Integrationsplan. Er wird Mitte des Jahres 2007 von der Bundeskanzlerin vorgestellt werden und zahlreiche praktische Maßnahmen und Selbstverpflichtungen enthalten. Dreh- und Angelpunkt sind die Rechte und Pflichten aller, die in Deutschland leben. Ziel ist es, die Sprachkenntnisse der Menschen mit Migrationshintergrund entscheidend zu verbessern und die Bildungs- und Ausbildungschancen der Jugendlichen zu erhöhen. Ziel ist es, zu einem guten Zusammenleben vor Ort beizutragen, Frauen in ihren Rechten zu stärken und die Bürgergesellschaft, darunter die Medien und den Sport, in die Integrationsarbeit miteinzubeziehen.

In Frankreich ist die Förderung der Chancengleichheit der zentrale politische Ansatz: Es geht darum, Vorurteile abzubauen, alte Gewohnheiten und Stereotype in Frage zu stellen, Praktiken und öffentliches Handeln auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Vor diesem Hintergrund haben die deutsche und die französische Regierung im März 2006 beschlossen, Integration und Chancengleichheit zu einem zentralen Thema der deutsch-französischen Beziehungen zu machen. Die historischen und politischen Traditionen unterscheiden sich, aber die Herausforderungen sind auf beiden Seiten des Rheins die selben. Um ihnen zu begegnen, setzen wir den intensiven Austausch im kommenden Jahr fort.

Wir müssen verhindern, dass Menschen, die nicht die Mittel haben, an Bildung, Ausbildung, Berufswelt und Kultur gleichberechtigt teilzuhaben, resignieren und sich in ihre Herkunftsidentität zurückziehen. Wir müssen ihre Vielfalt als Chance verstehen, die wir sozial, wirtschaftlich und politisch nutzen können und müssen.

Die Gleichheit der Chancen und die Integration fangen bei der Bildung und der Ausbildung an. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine ihnen angemessene Ausbildung. Dazu müssen sie alle gleichermaßen in der jeweiligen Landessprache zu Hause sein. Das ist die Grundlage der Integration derer, die neu ankommen. Das ist die Grundlage für den schulischen Erfolg und die Chancengleichheit.

Gerade die jungen Menschen müssen alle Chancen haben, Exzellenz zu entwickeln, und zwar mit Hilfe der schulischen Bildung, einer besseren Beratung und der Öffnung des höheren Bildungswesens.

Chancengleichheit und Integration bedeutet zugleich, die Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern. Die hohe Arbeitslosigkeit in bestimmten Stadtteilen und in bestimmten Gruppen, sei es von sozial Benachteiligten oder von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, können wir nicht hinnehmen. Einige Jugendliche brauchen drei bis fünf Jahre, um überhaupt einen ersten Arbeitsplatz zu finden, anderen gelingt es nie wirklich. Zugleich können wir nicht zulassen, dass in unseren Demokratien der Zugang zum Arbeitsmarkt auf Grund des Alters oder einer Behinderung erschwert wird.

Viele Menschen leiden unter Vorurteilen, die sich auf ihre Wohngegend oder ihre Herkunft beziehen. Ihre Fähigkeiten und Begabungen werden nicht hinreichend anerkannt. Deshalb bestärken wir die Unternehmen, die deutsche respektive die französische Charta der Vielfalt zu unterzeichnen.

Chancengleichheit und Integration bedeuten, gegen alle Formen der Diskriminierung anzugehen und zur Anerkennung von Vielfalt beizutragen, einer Vielfalt auf der Grundlage der allen gemeinsamen Kenntnisse und der Werte unserer Demokratien.

Wir wollen Vielfalt so sichtbar machen, dass sie selbstverständlich wird. Dazu gehört auch, den Blick auf die Vielfalt zu schulen und zu verändern. Zugleich müssen wir uns der grundlegenden Kenntnisse und der Werte unserer Demokratien bewusst werden. Nur so wird der soziale Zusammenhalt gesichert. Schließlich müssen wir offen über die Probleme und über jene Projekte in beiden Ländern reden, die erfolgreich sind.

Darum geht es beim deutsch-französischen Austausch über gute Praxisbeispiele. Dieser Austausch umfasst nicht nur die Regierungen, sondern die Länder und Kommunen, die Verbände, die ganze Bürgergesellschaft.

Unser Austausch stellt die Grundlage für eine europäische Initiative zur Chancengleichheit dar.



**Maria Böhmer**  
Staatsministerin, Beauftragte für  
Migration, Flüchtlinge und  
Integration



**Azouz Begag**  
Ministre délégué à la Promotion  
de l'Égalité des Chances



# EINLEITUNG

**Frank Baasner**

**INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT**

ZWISCHENBILANZ NACH EINER REIHE  
DEUTSCH-FRANZÖSISCHER KONSULTATIONEN

## **1. Der Kontext**

Die europäischen Gesellschaften sind seit vielen Jahren tief greifenden Veränderungsprozessen unterworfen. Dieselben Staaten und Gesellschaften Europas, die Jahrhunderte lang Auswanderungsländer waren, sind zu Einwanderungsländern geworden. Die Migrationsströme, die sehr vielfältig sind, können innerhalb Europas (und innerhalb der Europäischen Union) ebenso beobachtet werden wie von außereuropäischen Ländern nach Europa. Die Gründe für diese Migrationen sind unterschiedlich: Suche nach Arbeitskräften seitens der europäischen Staaten außerhalb Europas, Attraktivität des Lebensstandards in den europäischen Staaten, Perspektivlosigkeit für die junge Generation in vielen Ländern der Erde, vor allem in Afrika, Familienzusammenführung ehemaliger Gastarbeiter, die nicht mehr in ihre Ursprungsländer zurückkehren, Beantragung politischen Asyls..... Während der Jahre starken wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit gab es in den Industriestaaten eine große Nachfrage nach meist gering qualifizierten Arbeitskräften. Hunderttausende Arbeiter wurden von den nationalen Agenturen rekrutiert, die meisten von ihnen in den südeuropäischen Ländern, den Maghreb-Staaten und der Türkei. Die Frage nach der Integration schien sich zunächst nicht zu stellen, denn die Arbeit war ein ausgezeichnetes Instrument für die Eingliederung und der Aufenthalt war ohnehin nicht als dauerhafter geplant – die Rückkehr in die Heimat schien selbstverständlich. Die Wirklichkeit sollte sich als viel komplizierter erweisen.

Der erste bedeutende Einschnitt in der Einwanderungspolitik kam mit der wirtschaftlichen Krise infolge des Ölshocks 1974. Die europäischen Staaten beschlossen einen Anwerbestopp. Trotzdem nahm die Anzahl der Einwanderer kontinuierlich zu, in erster Linie wegen der Familienzusammenführung. Ein zweiter Zuwanderungsgrund

sind die Flüchtlingsströme aus Kriegsgebieten und die Ersuchung um politisches Asyl. Eine deutsche Besonderheit sind die Aussiedler oder Spätaussiedler, also Bürger, die deutscher Abstammung sind und aus osteuropäischen Ländern oder ehemaligen sowjetischen Republiken nach Deutschland kommen. Diese juristisch privilegierte Zuwanderung – die Spätaussiedler erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit sofort – erhöht die Anzahl derjenigen Personen, die unzureichend Deutsch sprechen und bei der Anpassung an die Lebensformen in Deutschland Mühe haben.

Seit den 1980er Jahren kann man in den europäischen Staaten ein gestiegenes Bewusstsein gegenüber einer unbestreitbaren sozialen Wirklichkeit erkennen: Die Zuwanderung ist eine große Herausforderung für die Aufnahmegesellschaft ebenso wie für die Migranten und verändert die Gesellschaft insgesamt. In der öffentlichen Debatte ist das Thema der Einwanderung in erster Linie mit der Assoziation „Problem“ verknüpft. Die soziale Vielfalt, die sich aus den Migrationen ergibt, wird zunächst als ungewohnt und daher als beunruhigend wahrgenommen. Vorstellungen wie die einer „Übevölkerung“ entstehen und man spricht oft von der Unfähigkeit der Aufnahmegesellschaften, noch mehr Ausländer aufzunehmen.

Die Debatte wird nervöser oder sogar aggressiv, sobald die wirtschaftliche Situation schlecht und die Arbeitslosenquote hoch ist. Die Wahrnehmung der Zuwanderung vermischt sich in diesem Fall mit einer eigentlich in erster Linie sozialen Problemlage.

Die europäischen Staaten regieren auf die von der Zuwanderung ausgelösten sozialen Veränderungen mit sehr unterschiedlichen Maßnahmen. Einige vereinfachen den Zugang zur Einbürgerung, während andere mehr Hindernisse auf dem Weg zur Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes belassen. Auch im Hinblick auf die kulturellen Traditionen in den Herkunftsländern und somit im Hinblick auf kulturelle Vielfalt in den Aufnahmegesellschaften sind die Reaktionen sehr unterschiedlich. Entweder setzt man ganz auf die Stärke eines einigenden juristischen und politischen Rahmens, wobei kulturelle Unterschiede dann zur Privatsphäre gehören, oder man legt den Akzent auf eben diese kulturell bedingten Unterschiede und stellt sie in den Mittelpunkt der Diskussion, was unweigerlich zu einer

Debatte um die gemeinsamen Werte und Überzeugungen in einer Gesellschaft führt.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Situation erheblich verändert, und zwar sowohl was die Fakten als auch was das politische Bewusstsein von der Bedeutung des Themas angeht. Ein Thema, das sich mittlerweile ganz oben auf der Agenda der Europäischen Union befindet, ist die demographische Entwicklung unserer Gesellschaften. Die Europäer in ihrer Gesamtheit bilden mittel- oder langfristig alternde und abnehmende Gesellschaften. Somit ist heute unbestreitbar, dass Europa in den kommenden Jahrzehnten Zuwanderung braucht. Ebenso wahr ist, dass diese Zuwanderung im Unterschied zu den 60er Jahren auf gut bis sehr gut qualifizierte Zuwanderungsgruppen ausgerichtet sein muss. Der weltweite Wettbewerb um die besten Köpfe ist heute eine Realität. Europa hängt, angesichts seiner industriellen Struktur und seiner Forschungslandschaft, wirtschaftlich und politisch davon ab, für Wissenschaftler, Forscher und Ingenieure aus aller Welt ein attraktiver Standort zu sein. Diese Tatsachen beeinflussen zurzeit die politische und öffentliche Debatte zum Thema der Zuwanderung. Mehrere Mitgliedstaaten der EU haben Gesetze verabschiedet, um gezielte Zuwanderung hoch qualifizierter Ausländer zu erleichtern.

Parallel zu dieser Entwicklung hat in den vergangenen Jahren eine andere Form von Zuwanderung deutlich zugenommen, nämlich die illegale Einwanderung. Tausende von Menschen aus sehr armen Ländern sehen keine andere Zukunft als die Flucht nach vorne, und d.h. die Flucht in Richtung des europäischen Kontinents, auch wenn diese Flucht mit gravierenden körperlichen und finanziellen Risiken verbunden ist. Diese Form der Einwanderung, die vor allem das Verhältnis der europäischen Ländern mit Drittländern betrifft, hat in der jüngsten Vergangenheit zu einer neuen gemeinschaftlichen Politik geführt, die den Akzent auf eine Partnerschaft mit den Herkunftsländern legt. Ziel ist die Eindämmung der illegalen Migration bei gleichzeitiger Verbesserung der Entwicklungshilfe in den Ursprungsländern.

Beide Seiten dieser heutigen Wirklichkeit, der Bedarf an gut ausgebildeten Zuwanderern und der notwendige Kampf gegen illegale Einwanderung, stellen eine große Herausforderung für alle europäischen Staaten dar. Um die heutige und die zukünftige



Zuwanderung angemessen begleiten zu können, müssen gute Instrumente der Aufnahme in die Gesellschaft und adäquate Integrationshilfen entwickelt werden.

Allerdings sind die mit Zuwanderung verbundenen Fragen nur ein Teil der Problematik, die unter den Stichworten „Integration und Chancengleichheit“ zusammengefasst ist. Die gute Integration der Neuzuwanderer ist sicherlich eine zentrale Aufgabe, aber ebenso wichtig ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die auf Dauer in einem europäischen Land lebenden Einwanderer oder deren Kinder an allen Aspekten der gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt teilnehmen und teilhaben können. Die Anzahl der Bürger, von deren Familie mindestens ein Teil einen Migrationshintergrund hat, ist erheblich angestiegen. Gleich ob es sich um innereuropäische Migration (meist vom Süden nach Norden oder seit 1989 vom Osten nach Westen) oder um außereuropäische Einwanderung handelt, die Nachfahren der zweiten oder dritten Generation bilden heute einen wichtigen Teil der europäischen Gesellschaften. Man muss feststellen, dass in vielen europäischen Ländern die Jugendlichen mit Migrationshintergrund öfter von Schulversagen betroffen sind, öfter arbeitslos sind und mehrere Benachteiligungen auf einmal erleben. Das Zugehörigkeitsgefühl, die Sprachkenntnisse und die Motivation scheinen manchmal weniger entwickelt zu sein als in der ersten Einwanderergeneration. Ob man diese Situation in erster Linie als mangelnden Zugang zur Chancengleichheit ansieht oder den mangelnden Willen zur Anpassung an die Regeln der Gesellschaft beklagt, es bleibt derselbe Befund bestehen: Eine solidarische und demokratische Gesellschaft kann eine solche Situation nicht akzeptieren und muss sowohl für eine bessere Integration als auch eine bessere Verwirklichung der Chancengleichheit sorgen.

Diese Problemlage, die natürlich mit dem oben besprochenen Zuwanderungsthema verknüpft wenn auch nicht mit ihm identisch ist, muss zunächst als Problematik des sozialen Zusammenhalts, der Teilhabe und des Zugehörigkeitsgefühls verstanden werden. Die damit verbundene Herausforderung betrifft alle Kräfte in der Gesellschaft, die kürzlich zugewanderten Bürger, die Bürger mit Migrationshintergrund und alle sonstigen Mitglieder der Gesellschaft. Die Unternehmen, alle Ebenen der Verwaltung, alle politischen Mandatsträger, die Vereine -

sie alle können und müssen sich über die große Vielfalt in unseren Gesellschaften bewusst werden und diese als Normalität, sogar als Chance zu sehen lernen. Eine positive Wahrnehmung der Vielfalt in unserer Gesellschaft wird nur erreicht werden, wenn die politischen Maßnahmen für Integration und Chancengleichheit von einem moralischen Engagement aller Bürger, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, und einem Perspektivwechsel in der Öffentlichkeit begleitet werden.

Jeder europäische Staat handelt aufgrund seiner Gesetzgebung und mit spezifischen Programmen, im sozialen, im städtebaulichen oder im Bildungsbereich. Auch auf europäischer Ebene kann man den Willen zu gemeinsamem Handeln beobachten. Das gemeinschaftliche Engagement zugunsten der Jugend richtet sich in der Praxis auch sehr stark an benachteiligte Jugendliche, von denen eine statistisch relevante Gruppe Migrationshintergrund hat. Im Jahr 2007 unterstreicht das Jahr der Chancengleichheit die Bedeutung eines politischen und sozialen Handlungsansatzes, der auf eine Verminderung der Ungerechtigkeiten gleich welchen Ursprungs abzielt. Natürlich betrifft das politische und soziale Ziel der Chancengleichheit nicht ausschließlich Bürger mit Migrationshintergrund, denn mangelnder Zugang zur Chancengleichheit kann ganz unterschiedliche Gründe haben. Richtig ist aber auch, dass Zuwanderer oder Bürger mit Migrationshintergrund mehrere Benachteiligungen gleichzeitig erfahren oder aus mehreren Gründen diskriminiert werden.

Auch private Initiativen haben sich auf europäischer Ebene zum Themenbereich Integration in Netzwerken organisiert. Ein bedeutendes Beispiel ist das europäische Stiftungsnetzwerk NEF (Network of European Foundations), das die Initiative EPIM lanciert (European Programme for Integration and Migration) und dafür 10 Stiftungen zusammengerufen hat, um mit ihnen einen Austausch guter Praxisbeispiele im Bereich des kommunalen Integrationsmanagements zu organisieren.

Dieser kurze Überblick zeigt den Rahmen auf, innerhalb dessen die europäischen Staaten handeln. Die vielfältigen Herausforderungen betreffen viele Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die Fragen zum Thema Integration und Chancengleichheit können oft nicht klar von allgemeineren sozialen Themen abgetrennt werden. Dazu

gehören Themen wie sozialer Ausschluss, mangelnde Qualifikation, Ungerechtigkeit oder interkulturelle Kontakte. Es handelt sich also um ein Querschnittsthema, das eine klare Analyse, kohärente Lösungsansätze und Bewusstseinsbildung in der gesamten Gesellschaft erfordert. Es ist bezeichnend, dass im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU unter den sozialwissenschaftlichen Themen auch der interkulturelle Dialog auftaucht, sei es ein interkultureller Dialog innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten, zwischen den Mitgliedstaaten oder zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten.

## **2. Die deutsch-französische Initiative zugunsten von „Integration und Chancengleichheit“**

Deutschland und Frankreich sind genauso wie ihre europäischen Partner von den sozialen Veränderungen betroffen, die sich aus den Migrationsbewegungen ergeben. Die Zustandsbeschreibung, die für ganz Europa zutrifft, ist besonders für Frankreich und Deutschland relevant, denn beide Länder haben einen vergleichsweise hohen Prozentsatz von Mitbürgern, die zugewandert sind oder einen Migrationshintergrund haben. Die beiden Regierungen haben das Thema auf ihrem gemeinsamen Ministerrat im März 2006 angesprochen mit der Zielsetzung, sich zu diesem zentralen gesellschaftlichen Thema auszutauschen und abzustimmen. In beiden Ländern hat man in den vergangenen Jahren beobachten können, wie das Thema „Integration und Chancengleichheit“ im jeweiligen nationalen Zusammenhang zu einem herausragenden Thema der politischen und öffentlichen Debatte sowie der Gesetzgebung geworden ist. In beiden Ländern sind vergleichbare Initiativen angestoßen worden. Das Arbeitsprogramm des französischen Ministers für die Förderung der Chancengleichheit, vor allem seine „Tour de France“ zugunsten der Vielfalt und der Chancengleichheit, ist dafür ebenso ein wichtiges Beispiel wie der deutsche Integrationsgipfel im Sommer 2006, der zur Ausarbeitung des ersten nationalen Integrationsplans in Deutschland geführt hat, an dem Vertreter aller politischen Ebenen und relevante gesellschaftliche Akteure mitwirken. So war es eine nahe liegende Entscheidung, eine deutsch-französische Diskussion zu beginnen, bei der man sich schnell bewusst wurde, dass relativ vergleichbare Situationen mit sehr unterschiedlichen politischen

Instrumenten und Diskursen bearbeitet wurden. Diese unterschiedlichen Herangehensweisen werden symbolhaft sichtbar in der Benennung der beiden Staatsministern, in deren Zuständigkeit das Thema fällt, von dem wir reden : In Frankreich handelt es sich um den „beigeordneten Minister für die Förderung der Chancengleichheit“, der dem Premierminister zugeordnet ist ; in Deutschland ist es die „Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration“, die ebenfalls auf höchstem Niveau bei der Bundeskanzlerin angesiedelt ist. Diese semantische Differenz ist Ausdruck einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Themenkomplexes „Integration und Chancengleichheit“, unterschiedlicher Prioritäten und divergierender politischer Diskurse. Daher scheint es sinnvoll, die gebrauchten Begriffe etwas genauer zu bestimmen, bevor wir eine erste Zwischenbilanz der deutsch-französischen Konsultationen vorlegen.

### *Die Begriffe*

Wenn man sich über die eigenen oft unbewussten Entscheidungen Rechenschaft ablegen will, ist ein Vergleich der Begriffe, die man zur Beschreibung sozialer Situationen, in öffentlichen Debatten oder zur Definition politischer Prioritäten benutzt, äußerst hilfreich. Die sprachliche Vielfalt in Europa ist nämlich keineswegs eine Behinderung des wechselseitigen Verständnisses, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Übersetzung von einer Sprache in die andere erlaubt uns, den Sinn der Worte genauer zu erfassen, uns der Konnotationen bewusst zu werden, die jede Äußerung notwendig begleiten. Diese nützliche Übung ist besonders fruchtbar, wenn man am Begriff der „Integration“ im deutschen und französischen Sprachgebrauch arbeitet.

Der sozialwissenschaftliche Gebrauch des Begriffs erlaubt zunächst einige Differenzierungen. „Integration“ kann sich auf den Zusammenhalt einer gesamten Gesellschaft beziehen. Sobald aber der Kontext der Migration auftritt, bezeichnet „Integration“ sowohl einen Prozess als auch einen Zustand, nämlich den Eingliederungsprozess und den Zustand der mehr oder minder angepassten Existenz. Die Wissenschaft unterscheidet die strukturelle Integration (Erreichung eines rechtlichen Status, Zugang zu den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft in Schlüsselbereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt), die kulturelle Integration (Erwerb der Landessprache, Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der

Aufnahmegesellschaft), die soziale Integration (privates soziales Umfeld, Einbindung ins Vereinsleben) und schließlich die Integration durch Identifikation (nationales, binationales, lokales oder regionales Zugehörigkeitsgefühl). Unter Soziologen besteht Übereinkunft darüber, dass „Integration“ immer Veränderung bedeutet, und zwar sowohl bei den Zuwanderern als auch bei der Aufnahmegesellschaft. Assimilation und Integration sind nicht dasselbe. Integration ist nicht als Einbahnstraße denkbar

Der wissenschaftliche Gebrauch des Begriffs ist allerdings mit dem politischen Gebrauch nicht identisch und darf nicht verwechselt werden. Im deutsch-französischen Vergleich wird deutlich, dass der Begriff in der politischen Debatte in beiden Ländern nicht den gleichen Verwendungsradius hat. In der französischen Logik wird „Integration“ vor allem im Hinblick auf die Neuzuwanderer benutzt. Sobald die juristischen Statusfragen und der Zugang zu den Systemen der Aufnahmegesellschaft geklärt sind, werden die Zuwanderer als Teil der Gesellschaft betrachtet – ab diesem Moment geht es nicht mehr um Integration, sondern um die Gewährleistung der Chancengleichheit. Das republikanische Denken bevorzugt, und zwar seit der Aufklärung und der Französischen Revolution, die Vorstellung einer Staatsbürgerschaft ohne Bezug auf die ethnische oder kulturelle Herkunft der Individuen. Sobald die Menschen legal in Frankreich leben, und vor allem sobald sie die französische Staatsangehörigkeit haben, spricht man so wenig wie möglich von der Zugehörigkeit zu einer ethnisch, kulturell oder religiös definierten Gruppe. Die Problemfelder, die soziale Gruppen in der Gesellschaft und somit auch die Zuwanderer oder die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, werden vor allem mit topographischen („die Stadtviertel“, „die Vororte“) oder sozialen Begriffen („Schulversagen“, „Arbeitslosigkeit“, „Diskriminierung“) beschrieben. Erst seit kurzer Zeit werden in offiziellen Texten die Folgen der kulturellen Gewohnheiten zugewanderter Personen als ein relevantes Element erwähnt, dem bei der Thematik „Integration und Chancengleichheit“ Rechnung getragen werden muss.

In Deutschland scheint der Begriff „Integration“ derselbe zu sein wie in Französisch, wenn man von einem Großbuchstaben und einem Akzent absieht. Der Gebrauch des Begriffs, so wie er in der politischen und

öffentlichen Debatte zu beobachten ist, weicht jedoch erheblich vom französischen Gebrauch ab. Vereinfacht könnte man sagen, dass der Begriff im Deutschen eine viel größere Reichweite hat. Niemand wundert sich, wenn man über „Integration“ spricht und sich dabei auf junge Menschen bezieht, die als Kinder oder Enkel zugewanderter Bürger in Deutschland geboren wurden. Für lange Zeit hat die gängige Sichtweise in Deutschland die ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit unabhängig vom juristischen Status in den Vordergrund gerückt. Eine der Besonderheiten der deutschen Zuwanderungsgeschichte erklärt sich aus diesem Ansatz: die Nachfahren deutscher Auswanderer oder zwangsweise Umgesiedelter in Osteuropa (bzw. den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetrepublik) haben als „Aussiedler“ oder „Spätaussiedler“ Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Bereich der Einbürgerung hat in Deutschland erst das Jahr 2000 mit einem neuen Gesetz einen Wechsel vom Abstammungsprinzip zum Ortsprinzip gebracht. Wenn man in Deutschland über Probleme spricht, die in Frankreich eher mit topographischem oder sozialem Vokabular behandelt würden, spricht man in Deutschland viel öfter in ethnischen Begriffen. Im Respekt vor den ethnischen Ursprüngen oder den kulturellen Gepflogenheiten der betroffenen Gruppen spricht man direkt von den Zielgruppen. Dieser Betrachtungswinkel wurde übrigens auch verwendet, als nach dem Zweiten Weltkrieg die vielen Flüchtlinge und die heimkehrenden Kriegsgefangenen in eine neue Umgebung aufgenommen wurden. Man beharrte damals im öffentlichen Diskurs sehr stark auf ihrem Recht, die eigenen kulturellen Ursprünge zu bewahren und die Traditionen zu pflegen.

Wenn man in Deutschland über ethnische Minderheiten spricht, löst dies im politischen Diskurs nicht dieselben Reflexe aus wie in Frankreich. Dieser Unterschied ist dann besonders stark spürbar, wenn es um religiöse Zugehörigkeit geht. Als der Bundesinnenminister am 27. September 2006 einen breiten Diskussionsprozess mit den in Deutschland bestehenden Islamorganisationen angestoßen hat und hierfür eine „Islamkonferenz“ einberufen hat, ist diese Initiative von allen im Bereich Integration und Chancengleichheit tätigen Organisationen außerordentlich begrüßt worden.

### *Der Wert eines deutsch-französischen Austauschs*

Der Vergleich der Verwendung eines gleichen Begriffs in zwei Sprachen und Kontexten kann unterschiedliche Ansätze und Akzentuierungen freilegen. Dabei geht es nicht um ein Werturteil – beide Ansätze und Denktraditionen sind legitim. Aber die Gegenüberstellung des sprachlichen Gebrauchs eines bestimmten Begriffs im jeweiligen soziopolitischen Kontext erhöht die sprachliche Sensibilität: Wann ist der Integrationsprozess eigentlich beendet? Wie stark sollen wir die ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit bei der Frage des schulischen und beruflichen Erfolgs in Rechnung stellen? Wann ist man „wirklich angekommen“ und wird nicht mehr aufgrund einer mehr oder minder weit zurück liegenden Migrationsgeschichte betrachtet? Die Antworten auf diese Fragen sind nicht leicht und die Debatte darüber ist zwischen internationalen Soziologen noch lange nicht beendet. Der Austausch zwischen deutschen und französischen Akteuren kann dazu beitragen, Teilantworten zu finden.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass ein deutsch-französischer Dialog in diesem Themenbereich gegenüber einem rein nationalen oder allgemein internationalen Ansatz einen wirklichen Mehrwert bringt. Wie wir gerade festgestellt haben, handeln beide Länder vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer und politischer Traditionen, obwohl die soziopolitischen Problemfelder und die von der aktuellen oder früheren Migration aufgeworfenen Fragen durchaus vergleichbar sind. Der Austausch zwischen Vertretern aus diesen beiden unterschiedlichen Kontexten hat den doppelten Vorteil, detaillierte Praxiserfahrungen vergleichen zu können und zudem eine Plattform für den tiefer gehenden Austausch jenseits der scheinbar einfachen Lösungen herzustellen. Der deutsch-französische Dialog, der in der Vergangenheit oft die Rolle eines Vorläufers zu einer allgemeineren europäischen Abstimmung übernommen hat, kann in diesem gesellschaftlichen Querschnittsthema tatsächlich zur europaweiten Debatte im Jahr der Chancengleichheit einen Beitrag leisten.

### *Das Forum guter Praxisbeispiele*

Auf dem Deutsch-Französischen Ministerrat vom 14. März 2006 haben die deutsche und die französische Regierung beschlossen, einen

breiten Diskussions- und Konsultationsprozess zum Thema „Integration und Chancengleichheit“ anzustoßen. Das Ziel war, eine Reihe von Veranstaltungen anzuregen, auf denen zu den unterschiedlichen Bereichen des Themas ein Austausch von Beispielen guter Praxis und Erfahrungen stattfindet. Mit der Auftaktveranstaltung „Forum guter Praxisbeispiele“ am 18. Juli in Paris, die vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg organisiert wurde und auf der 70 Vertreter aus Verwaltung und Zivilgesellschaft ihre Erfahrungen darstellen konnten, haben die Regierungen öffentliche und private Träger aus diesem Bereich anregen wollen, zu diesem Austauschprozess einen Beitrag zu leisten. Da in der deutsch-französischen Zusammenarbeit das Netz von Organisationen und privaten Vereinen besonders dicht ist, konnte dieses gemeinsame Vorhaben von zahlreichen Einrichtungen aufgegriffen werden. Die Regierungen haben das Thema nicht monopolisiert, sondern vielmehr eine erfreuliche Kettenreaktion ausgelöst. Die Regierungen können sich über einen erstaunlichen Erfolg freuen : Die lange Liste von Treffen, Kolloquien und Diskussionen, die während des ganzen Jahres 2006, im Jahr 2007 und noch darüber hinaus stattfinden, ist Ausdruck dieser Dynamik (siehe den Veranstaltungskalender am Ende dieser Publikation).

Wir können nicht die Gesamtheit der Debatten und Initiativen nachzeichnen. Einige Veranstaltungen mögen jedoch als Beispiele für die außerordentliche Breite und Lebendigkeit des Austauschs vorgestellt werden. So haben etwa beide parlamentarische Kammern beider Länder, der Bundestag und die Assemblée Nationale sowie der Bundesrat und der Sénat, das Thema anlässlich ihrer jährlichen Arbeitstreffen im Oktober behandelt. Die dritte Kammer der Republik Frankreich, der Conseil économique et social, wird sich dieses Themas mit deutschen Vertretern der Zivilgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung von Bildung, Berufsausbildung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt annehmen. Das jährliche Treffen deutscher und französischer Unternehmer in Evian hat sich mit dem Thema „Integration und Chancengleichheit“ beschäftigt. Auf der kommunalen Ebene diskutieren viele deutsche und französische Städte im Rahmen ihrer Partnerschaften über die kommunalen Herausforderungen der Integration. Ein Treffen der Région Ile de France mit dem Land Brandenburg, das vom Deutsch-Französischen Jugendwerk in Zusammenarbeit mit der Stiftung Genshagen organisiert wurde, hat die



Vernetzung von kommunalen Akteuren dieser beiden Regionen angestoßen. Im März 2007 findet eine große Bürgermeisterkonferenz mit deutschen und französischen Vertretern statt, die von der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung in Zusammenarbeit mit dem dfi ausgerichtet wird. Dabei wird es um Fragen des kommunalen Integrationsmanagements gehen. Nachwuchsforscher der Geistes- und Sozialwissenschaften werden ihren Austausch zu diesem Themenkomplex bei einer Sommeruniversität vertiefen, die von der Deutsch-Französischen Hochschule unterstützt wird. Auch das Deutsch-Französische Jugendwerk, das beim Austausch Jugendlicher aus beiden Ländern eine Schlüsselstellung einnimmt, wird in seinen zahlreichen Programmen der Frage von Integration und Chancengleichheit besondere Aufmerksamkeit widmen. Ein symbolträchtiges Datum war der 12. Oktober 2006, Tag des deutsch-französischen Ministerrats, als vier junge Deutsche und Franzosen beiden Regierungen die Ergebnisse eines mehrtägigen Seminars zum Thema „Integration und Chancengleichheit“ vorgestellt haben. Ihre Vorschläge sowie die wichtigsten offiziellen Texte sind im zweiten Teil dieser Publikation abgedruckt.

Diese Aufzählung, die einige herausragende Beispiele nennt, ist nur ein kleiner Teil der zahlreichen Initiativen und Treffen, die in allen Bereichen der Gesellschaft stattgefunden haben. Mehrere Ministerien haben sich mit ihren Partnern des anderen Landes über ihre Erfahrungen ausgetauscht, wobei die Themen vom Städtebau bis zum Lesen, vom Zugang zum Arbeitsmarkt bis zum Frauensport reichten. Trotz der großen Vielfalt der behandelten Aspekte kann man nach mehreren Monaten Diskussion einige Schlussfolgerungen ziehen und Prioritäten benennen, die sich eindeutig aus den Debatten ergeben.

### **3. Ergebnisse und Denkanstöße**

Im Bereich von Integration und Chancengleichheit haben die europäischen Gesellschaften seit Jahrzehnten viel Erfahrung mit den unterschiedlichen Problemfeldern, die mit der Thematik zusammenhängen, sammeln können. Es kann also hier nicht darum gehen, Instrumente, Programme oder Patentrezepte völlig neu erfinden zu wollen. Vielmehr geht die Initiative eines deutsch-französischen Austauschs von der Überzeugung aus, dass unsere Aufmerksamkeit auf all jene guten Beispiele gelenkt werden muss, die uns zeigen, dass

erfolgreiches Handeln möglich ist. Unter den zahlreichen Ansätzen, die hierfür infrage kommen, können wir einige besonders wichtige und aussagekräftige Punkte festhalten.

Bei der Integration, gleich ob man von Neuzuwanderern spricht oder von Familien mit Migrationshintergrund, geht es im Grunde um nichts Anderes als um die Eingliederung aller Bürger in die Gesellschaft. Deshalb haben die großen Sozialisierungsstrukturen bei der Integrationsthematik eine zentrale Bedeutung. Abgesehen vom familiären Kontext sind das schulische Bildungssystem, die berufliche Ausbildung und der Zugang zum Arbeitsmarkt die Königswege für soziale Eingliederung und für den Prozess, den wir strukturelle Integration genannt haben. Sobald diese entscheidenden Strukturen ihre Aufgaben erfüllen können, stellen sich viele soziale Probleme nicht, und dies gilt für alle Bürger, gleich ob sie schon sehr lange in dieser Gesellschaft leben oder vor mehr oder minder kurzer Zeit zugewandert sind. Allerdings muss man zugestehen, dass in diesem Punkt die französische Situation nicht viel besser ist als die deutsche, und umgekehrt. Schulversagen betrifft häufiger Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich höher in jenen Stadtteilen, die zu einem hohen Prozentsatz von zugewanderten Familien bewohnt werden. Aufgrund dieser Tatsachen sind die Themen Schule, Berufsausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt auf mehreren Veranstaltungen und von vielen Initiativen behandelt worden. Es bedarf erheblicher Anstrengungen, um tatsächliche Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt zu erreichen.

Das zweite Thema, das bei den deutsch-französischen Konsultationen als besonders relevant erschien, war die Situation in der Arbeitswelt. In den privaten wie in den öffentlichen Unternehmen kann man noch immer mehr oder minder deutlich erkennbare Formen der Diskriminierung feststellen, wobei dies nicht nur Bürger mit Migrationshintergrund, sondern auch andere soziale Gruppen betrifft.

Um eine positive gesellschaftliche Dynamik für bessere Integration und mehr Chancengleichheit zu entfalten, müssen wir uns zunächst der Vielfalt in unseren Gesellschaften bewusst werden. Diese Bewusstseinsbildung ist für alle Teile der Gesellschaft fundamental, für Bürger mit Migrationshintergrund, für Neuzuwanderer und für die Aufnahmegesellschaft insgesamt. Bei dieser Bewusstwerdung geht es

zu einem erheblichen Teil um Fragen der Repräsentation, denn Bilder haben unbestreitbar große Wirkung auf unsere Wahrnehmungsgewohnheiten, in unseren modernen Gesellschaften spielen Massenmedien eine große Rolle. Dieser Aspekt ist von zahlreichen deutschen und französischen Organisationen besprochen worden und ist der dritte Punkt, den es hervorzuheben gilt.

Und schließlich müssen wir uns bewusst sein, wie sehr „Integration und Chancengleichheit“ ein gesellschaftliches Querschnittsthema ist. Deshalb wird der Erfolg aller Programme und Maßnahmen zu großen Teilen davon abhängen, wie das gesamte Paket von Programmen auf kommunaler Ebene verwaltet wird und wie es bei den betroffenen Bürgern ankommt. Das vierte Thema, das sich bei den deutsch-französischen Konsultationen als zentral herausgestellt hat, ist die Organisation der Politik für Integration und Chancengleichheit auf kommunaler Ebene.

#### *Schulische und berufliche Bildung*

Aus deutscher Sicht hat das französische Bildungssystem den großen Vorteil, seit langem systematisch eine kostenfreie Vorschule eingerichtet zu haben. Umgekehrt schauen viele Franzosen mit Bewunderung auf das deutsche duale Berufsbildungssystem. Der Blick ins jeweils andere Land erlaubt es also, gute Beispiele zu identifizieren, die in die eigene nationale Debatte eingebracht werden können. So dreht sich in Deutschland ein Großteil der Debatte um die (vor)schulische Bildung, weil alle Untersuchungen zeigen, dass die Deutschkenntnisse von Kindern aus nicht deutschsprachigen Familien nicht ausreichend sind, um erfolgreich am deutschen Schulsystem teilzunehmen. Integration muss beim Erwerb der Landessprache der Aufnahmegesellschaft beginnen - niemand wird das ernsthaft bestreiten. Vor diesem Hintergrund ist eine der Forderungen, die von den deutschen und französischen Jugendlichen auf dem deutsch-französischen Ministerrat im Oktober 2006 vorgetragen wurden, besonders aussagekräftig: Ganztagsunterricht in Deutschland, so früh wie möglich. In der Wahrnehmung der Jugendlichen muss die Schule ein maximales Betreuungsangebot für junge Menschen bereithalten, vor allem für die benachteiligten Jugendlichen, deren Eltern die Erziehungsrolle nicht spielen können.

Die Forderung nach einer stärkeren Rolle der Schule gilt übrigens für Frankreich genauso wie für Deutschland. Frankreich hat zwar seit langem ein Ganztagschulsystem, aber dies kann dennoch das Schulversagen von zu vielen Jugendlichen nicht verhindern. Viele Verantwortliche aus beiden Ländern unterstreichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung von zwei Aspekten: eine bessere Einbindung der Eltern in die Schularbeit und eine individuelle Betreuung der benachteiligten Jugendlichen.

Eltern spielen bei der Sozialisierung junger Menschen eine entscheidende Rolle. Sofern sie selbst aus einem Land mit einem anderen Bildungssystem kommen oder die Schule nicht besuchen können, ist es entscheidend, sie über die Bedeutung der Bildung für die beruflichen Chancen ihrer Kinder gut zu informieren. Auf dem Forum guter Praxisbeispiele am 18. Juli sind einige Projekte vorgestellt worden, die auf eine bessere Einbindung der Eltern und vor allem der Mütter in die schulische Wirklichkeit abzielen. „Mama lernt Deutsch“ ist ein solches Programm, das von der Stadt Frankfurt am Main lanciert wurde und mittlerweile von vielen deutschen Städten übernommen worden ist. Zielsetzung dieses Programms ist es, den Müttern Deutsch beizubringen, damit sie am schulischen Leben ihrer Kinder teilnehmen können. Andere öffentliche oder private Programme gehen in dieselbe Richtung. Die besondere Verantwortung der Eltern ist auch während des Arbeitstreffens zwischen Vertretern des Bundesrats und des Senats thematisiert worden. Die Erfahrungen vor Ort zeigen, dass schulisches Versagen auch bei benachteiligten Jugendlichen verhindert werden kann, wenn man eine individualisierte Betreuung organisiert. Wenn die Eltern die Bedürfnisse der Jugendlichen nicht erfüllen können, sollten Mentorensysteme oder Netzwerke mit Freiwilligen für die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen sorgen. Die Gruppe junger Deutscher und Franzosen hat sogar beiden Regierungen vorgeschlagen, die Institution eines erwachsenen „Patens“ während der gesamten Schulzeit zu schaffen.

Individuelle Betreuung ist wichtig, vor allem wenn sich die benachteiligten Jugendlichen in Konkurrenzsituationen durchsetzen müssen. Das deutsche duale Berufsbildungssystem genießt zu Recht einen ausgezeichneten Ruf und wird in Frankreich oft als Vorbild zitiert. Allerdings ist auch dieses System immer weniger in der Lage, Jugendliche mit geringer schulischer Qualifikation in den Arbeitsmarkt

zu integrieren. Die deutsche Hauptschule produziert zunehmend Schulversagen, und die Jugendlichen mit Migrationshintergrund finden sich häufiger in dieser Situation als ihre Altersgenossen. In beiden Ländern muss es also darum gehen, für einen guten Übergang von der Schule in das erste Arbeitsverhältnis oder in eine betriebliche Ausbildung zu sorgen. Das Hamburger Hauptschulmodell, das auf dem Forum guter Praxisbeispiele in Paris vorgestellt wurde, zeigt, wie durch eine allgemeine Aufwertung des Schultyps Hauptschule und persönliche Betreuung die Vermittlung in betriebliche Ausbildung verbessert werden kann. In Frankreich versuchen zahlreiche Initiativen, die benachteiligten Jugendlichen in das Bildungssystem zurück zu holen, indem ihnen der Zugang zu betrieblicher Ausbildung erleichtert wird. Das neue Angebot „Lehrlingsverträge für Jugendliche“, das durch ein Gesetz 2006 ermöglicht wurde, ist hierfür ebenso ein Beispiel wie das Engagement vieler Unternehmen für mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Auf allen Qualifikationsstufen ist Erfolg möglich, sofern die Verantwortlichen auf die Jugendlichen selbst zugehen und sie so individuell wie möglich betreuen.

Eine andere Methode, um die Ungleichbehandlung zu reduzieren, ist vom Institut d'Etudes Politiques Paris angewandt worden. Man ist in die Schulen der Stadtteile mit erhöhtem pädagogischem Bedarf (Zones d'éducation prioritaires) gegangen und hat dort die besten Schüler rekrutiert, um ihnen den Zugang zu den selektiven Studiengängen an den renommierten Hochschulen zu ebnen. Auch wenn ein solcher Ansatz nicht leicht in das deutsche System übernommen werden kann, allein schon weil es dort keine vergleichbaren Elitestudiengänge gibt, hat das Verfahren doch die Aufmerksamkeit der deutschen Partner geweckt. Man wird den Schulen, die unter einem schlechten Ruf und hohen Abbrecherquoten leiden, besondere Aufmerksamkeit schenken. In Paris findet am 19. Januar 2007 auf Einladung des Conseil économique et social die zweite Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft statt. Während dieser Arbeitstagung unter dem Titel „Welche Zukunft für die Jugendlichen in Deutschland und Frankreich?“ werden sich die Diskussionen um Schulerfolg, Berufsausbildung und den Übergang zum Arbeitsmarkt drehen.

## *Vielfalt im Unternehmen*

Die Arbeitswelt ist neben der Familie und dem Ausbildungssystem das einflussreichste soziale Umfeld für die Bürger einer Gesellschaft. Daher ist es äußerst wichtig, dass sich die ganze Breite der Gesellschaft in der Arbeitswelt widerspiegelt, sofern man Chancengleichheit und eine angemessene Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt wünscht. In allen europäischen Ländern, und natürlich in Deutschland und Frankreich, kann man verschiedene Formen von Diskriminierung feststellen, die unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen treffen. In der Arbeitswelt und in den Unternehmen hat man noch nicht eine angemessene Präsenz aller Teile einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft erreicht. In Frankreich arbeitet die Fondation FACE schon lange gegen Diskriminierungen, die sich vor allem durch den Wohnort der Bewerber, ihren Namen oder ihre Hautfarbe ergeben. Die Stiftung unterstützt die Arbeitssuchenden bei ihren Bewerbungen. Dieser Handlungsansatz setzt auf Vernetzung der unterschiedlichen Akteure, d.h. der Unternehmen, der Schulen, der Ausbilder und der Kandidaten selbst. Die Erfahrungen dieser Stiftung, die in ganz Frankreich aktiv ist, wurden auf dem Forum guter Praxisbeispiele in Paris vorgestellt. Auch in diesem Fall bestätigt sich die Maxime, dass die individuelle Betreuung und die Bewusstseinsbildung bei allen Beteiligten – Unternehmen, Schulen, Bewerber – zum Erfolg führen.

Der Wille, gegen Diskriminierungen vorzugehen, hat in Frankreich und Deutschland zahlreiche Unternehmen mobilisiert. Unabhängig von der nationalen Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie haben sich französische und später auch deutsche Unternehmen zu einer gemeinsamen Anstrengung zugunsten von mehr Vielfalt im Unternehmen verpflichtet. Die „Charta der Vielfalt“ wurde in Frankreich seit 2004 von mehr als 2000 Unternehmen unterzeichnet und diente als Vorbild für die deutsche Charta der Vielfalt im Unternehmen, die im Dezember 2006 unterzeichnet wurde. Es handelt sich um ein freiwilliges Engagement, das von der Erkenntnis getragen ist, dass die Unternehmen im globalen Wettbewerb nur werden bestehen können, wenn sie das gesamte Potential der Gesellschaft, in der sie aktiv sind, ausschöpfen. Diese Notwendigkeit und der Wille zu gemeinsamem Handeln wurden auch auf dem deutsch-französischen Unternehmertreffen in Evian thematisiert.

Der Kampf gegen die Diskriminierung in der Arbeitswelt ist eine der Prioritäten der Europäischen Union. Während des Jahres der Chancengleichheit 2007 werden zahlreiche Veranstaltungen zu diesem Themenbereich organisiert. So wird eine deutsch-französische Initiative im Rahmen des Programms EQUAL gemeinsam mit anderen europäischen Partnern eine europaweite Plattform „Kampf gegen rassistisch motivierte Diskriminierung am Arbeitsplatz“ gründen.

### *Die Rolle der Medien*

Genauso wichtig wie die Repräsentierung der gesellschaftlichen Vielfalt in der Arbeitswelt ist es, die Medien für das Thema „Integration und Chancengleichheit“ zu gewinnen. Im Hinblick auf die Medien müssen zwei Aspekte unterschieden werden: Zunächst geht es darum, dass die Massenmedien, vor allem das Fernsehen, eine wichtige Rolle insofern spielen, als sie selbst bei ihren eigenen Mitarbeitern der Vielfalt zum Ausdruck verhelfen können. Zweitens sind die Medien von zentraler Bedeutung, weil sie das Thema „Integration und Chancengleichheit“ durch Information und Analyse behandeln und ihm so gesellschaftliche Sichtbarkeit geben können. Auf einem großen europäischen Kongress Ende November 2006 haben der Westdeutsche Rundfunk, France Télévisions und die Union Européenne de Radiodiffusion die Frage genau in dieser doppelten Ausrichtung behandelt. „Migration und Integration: Europas große Herausforderung. Welche Rolle spielen die Medien?“ Was den ersten Punkt angeht, so sind die Medien wie alle Unternehmen aufgerufen, der Vielfalt im Unternehmen angemessenen Platz einzuräumen, auch auf dem Bildschirm. Die privaten Fernsehsender, vor allem die Musikkanäle, bieten eine stärkere Repräsentation der Vielfalt als die öffentlichen Sender. Dies ist insofern positiv, als das junge Publikum gerade diese Sender stark konsumiert – aber die Bewusstseinsbildung zum Thema Vielfalt geht alle Bürger an und deshalb ist es wichtig, auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern eine angemessene Vielfalt zu erreichen.

Der zweite Aspekt betrifft die Information und die analytische Behandlung des Themas „Integration und Chancengleichheit“, das oft einer reduzierten und stereotypen Wahrnehmung unterliegt. Im Rahmen der Studienreisen für deutsche und französische Journalisten, die von der Robert Bosch Stiftung angeboten werden, wurde das Thema im Herbst 2006 in der Reise nach Bordeaux und während des

Aufenthalts in Düsseldorf behandelt. Die Reportagen, die im Anschluss an diese Reisen veröffentlicht wurden, zeigen deutlich, dass ein direkter Kontakt vor Ort mit den Akteuren zu einer vertieften Analyse führt. Auch der deutsch-französische Kulturkanal ARTE wird in seiner Programmplanung 2007 dem Thema „Integration und Chancengleichheit“ besondere Rechnung tragen.

Neben dem Fernsehen spielt die künstlerische Arbeit mit dem Medium Film eine große Rolle. Während des französischen Filmfestivals Tübingen-Stuttgart 2006, dem größten Festival des frankophonen Films außerhalb Frankreichs, wurde der Thematik „französische Vorstädte“ durch einen Schwerpunkt Dokumentar- und Kunstfilm sowie mit einer Podiumsdiskussion, an der Sozialarbeiter aus deutschen und französischen Großstädten teilnahmen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Ein weiteres deutsch-französisches Projekt im Bereich der Repräsentation scheint besonders viel versprechend. Die Cité nationale de l'histoire de l'immigration und das Deutsche Historische Museum bereiten eine große Ausstellung über die Geschichte der Migrationen vor. „Selbstbilder und Fremdbilder in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert“.

Die besondere Bedeutung der Medien wurde auch von der Gruppe deutscher und französischer Jugendlicher beim deutsch-französischen Ministerrat am 12. Oktober unterstrichen. Eine ihrer interessantesten Forderungen zielt auf die Einberufung einer „Generalversammlung der Medien in Europa“ ab, um so das Bewusstsein dafür zu stärken, wie wichtig eine gute Repräsentation und eine differenzierte Behandlung des Themas „Integration und Chancengleichheit“ ist.

#### *Die kommunale Ebene*

Schule und Berufsbildung, Arbeitswelt, Medien – die bisher behandelten Aspekte werden auf nationaler oder sogar europäischer Ebene behandelt. Es muss mit aller Deutlichkeit unterstrichen werden, dass alle Aktionsprogramme in den drei genannten und in anderen Bereichen nur dann Erfolg haben können, wenn auf kommunaler Ebene eine gute Implementierung und Koordinierung gewährleistet ist. Die Gebietskörperschaften und vor allem die Gemeinden tragen in der Tat große Verantwortung beim Management aller Aspekte, die mit



Integration und Chancengleichheit zu tun haben. Unabhängig von Fragen der Zuständigkeiten muss die Vernetzung aller staatlichen Ebenen und der privaten oder öffentlichen Träger auf kommunaler Ebene gelingen, nah bei den betroffenen Bürgern und unter Berücksichtigung der jeweiligen spezifischen Situation. In Deutschland hatte die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium einen nationalen Wettbewerb ausgeschrieben, um die Städte mit den besten Konzepten für kommunales Integrationsmanagement auszuzeichnen. Dieser nationale Wettbewerb hat bei vielen Städten und Gemeinden eine positive Dynamik ausgelöst. Zahlreiche deutsch-französische Städtepartnerschaften tauschen sich auf ihren Arbeitstreffen zu den Erfahrungen auf kommunaler Ebene aus. Die besondere Rolle der Kommunen muss gegenüber den nationalen Regierungen und der Europäischen Union unterstrichen werden.

Die kommunale Ebene hat bei den deutsch-französischen Konsultationen einen großen Platz eingenommen – die Anzahl der Tagungen, bei denen die kommunale Perspektive eine Rolle spielt, zeigt dies deutlich. Auf dem Forum guter Praxisbeispiele im Juli standen die lokalen Lösungsansätze vieler mit Integration und Chancengleichheit verbundener Probleme im Vordergrund. Im September haben das Land Brandenburg und die Région Ile de France auf Anregung des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Stiftung Genshagen einen Austauschprozess ins Leben gerufen, bei dem es um Erfahrungen mit dem lokalen und regionalen Integrationsmanagement geht. Im März 2007 werden etwa 80 deutsche und französische Gemeinden und Städte ihre Erfahrungen auf einem Kongress in Stuttgart austauschen, der von der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg organisiert wird.

Das zentrale Thema für Gemeinden und Städte ist die Stadtentwicklung und vor allem die Stadtteilentwicklung. Bedeutende europäische und nationale Programme investieren in Sanierung und Erneuerung von einzelnen Stadtteilen. Jenseits der Abriss- und Neubauprogramme erfordert die Stadtentwicklung ein ganzes Bündel von Maßnahmen und eine große Sensibilität gegenüber den Bürgern. Ein Seminar zum Thema „Stadterneuerung“ ist im Dezember 2006 vom französischen

Ministère de l'emploi, de la cohésion sociale et du logement und den Kollegen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgerichtet worden, um gemeinsam die Erfahrungen mit den Stadterneuerungsprogrammen in beiden Ländern zu diskutieren.

Stadtpolitik betrifft die Gesamtheit der bildungs- und sozialpolitischen Programme. Auch das Vereinsleben leistet einen wichtigen Beitrag, denn soziale Integration kann durch die Teilhabe an Vereinsstrukturen besser gelingen. Dabei spielt die Ausübung sportlicher Aktivitäten außerhalb der Schule eine Schlüsselrolle, weil alle Einwohner einer Gemeinde daran teilnehmen können, unabhängig von Alter, Sprachkompetenzen oder Bildungsniveau. Zwischen einem deutschen Bundesland und einer französischen Région, Hessen und Aquitaine, ist mit Unterstützung des Ministère de la Jeunesse et du Sport, dem hessischen Sportministerium und der Region ein Pilotprojekt gestartet worden. Es wendet sich gezielt an erwachsene Frauen mit Migrationshintergrund und will sie in das sportliche Vereinsleben einbinden, ohne ihre kulturellen Gewohnheiten zu verletzen. Dieses Beispiel zeigt erneut, dass der Austausch sogar in den Bereichen möglich und nützlich ist, wo der deutsch-französische Ansatz auf den ersten Blick beliebig erscheint. Ähnliches kann man mit Blick auf andere Initiativen sagen, die sich z.B. mit Leseförderung bei bildungsfernen Jugendlichen befassen. Das Schlüsselwort scheint hier „Teilhabe“ zu sein, eine objektive und vor allem subjektive Realität, die das Zugehörigkeitsgefühl zum Stadtteil, zur Stadt, zur Region oder zum ganzen Land wesentlich fördern kann. Um dieser Hypothese genauer nachzugehen und mehr über den Nutzen von Teilhabe zu erfahren, hat das Observatoire Régional de l'Intégration et de la Ville Alsace gemeinsam mit seinen deutschen Partnern aus Freiburg einen Studientag in Straßburg organisiert zum Thema „Partizipation Jugendlicher aus benachteiligten Stadtteilen: Ausweg, Irrweg oder Sackgasse?“

## **Schlussfolgerungen**

Die im Anschluss an fast ein ganzes Jahr deutsch-französischen Austauschs hervorgehobenen vier Punkte erschöpfen das Thema natürlich bei weitem nicht. Aber sie erlauben doch, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und die Handlungsoptionen zu identifizieren, die am ehesten Erfolg versprechen. Austausch und Diskussionen werden bei dieser Zwischenbilanz nicht stehen bleiben. Ob auf nationaler, bilateraler oder europäischer Ebene, die hier angesprochenen Punkte werden auch in den kommenden Monaten im Mittelpunkt stehen. Schon heute sind eine ganze Reihe von Treffen und Konferenzen für 2007 und darüber hinaus fest eingeplant. Es ist sehr ermutigend festzustellen, dass viele Akteure aus freien Stücken und in gemeinsamer Anstrengung die Idee einer deutsch-französischen Plattform zum Austausch guter Praxisbeispiele zu „Integration und Chancengleichheit“ aufgegriffen haben. Vom Deutsch-Französischen Dialog im Saarland, einem jährlichen Treffen von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Verwaltungen, bis zu den sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen wird das Thema im Jahr 2007 seine Aktualität bewahren. Wenn es gelingt, diesen Austausch in seiner europäischen Perspektive zu verstetigen und auszubauen, dann wird sich die ursprüngliche Idee der deutschen und französischen Regierungen erfüllt haben. Wer eine gelungene Integration und Chancengleichheit in unseren Gesellschaften erreichen will, muss für dauerhaftes Engagement aller beteiligter Partner sorgen. Durch die Einrichtung des Forums guter Praxisbeispiele und die bilateralen Diskussionen haben Deutschland und Frankreich einen Beitrag zum Diskussionsprozess und zu praktischem Handeln in allen europäischen Ländern geleistet.



# DOKUMENTE

## 6. DEUTSCH-FRANZÖSISCHER MINISTERRAT

**14. März 2006**

EUROPA DER CHANCENGLEICHHEIT:  
INTEGRATION IST ZUKUNFT

Die Europäische Union muss die Globalisierung gestalten und ihre Chancen nutzen. Chancengleichheit und Integration sind Schlüssel für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Zukunft Europas. Europas Jugend braucht beruflich, sozial, kulturell und politisch sichere Zukunftsperspektiven. Sie muss die Möglichkeit haben, sich unabhängig von Herkunft und sozialem, kulturellem oder familiärem Hintergrund selbst zu verwirklichen. Zugleich ist die Förderung gemeinsamer Werte auch auf europäischer Ebene von entscheidender Bedeutung für die Integration junger Menschen.

Eingedenk der europäischen Dimension von Integration und Chancengleichheit wollen sich unsere beiden Länder gemeinsam der Herausforderung stellen. Der französische Staatspräsident und die Bundeskanzlerin haben die Staatsminister für Integration und Chancengleichheit, Frau Böhmer und Herrn Begag, und die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Frau Colonna und Herrn Gloser, mit der Koordinierung dieser deutsch-französischen Initiative beauftragt.

Grundlage von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaften sind nicht nur Höchstleistungen in der Forschung, sondern vor allem auch gut ausgebildete, motivierte Frauen und Männer, die sich auf eine soziale Sicherung auf hohem Niveau verlassen können. Eine aktive Politik für Integration und Chancengleichheit ist für den Erfolg Europas unter den Bedingungen der Globalisierung entscheidend.

Durch die Verabschiedung eines "europäischen Paktes für die Jugend" im Rahmen des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten ihrem Willen Ausdruck verliehen, die Integration junger Menschen und ihren sozialen Aufstieg zu fördern. Mit Blick auf das europäische Jahr der Chancengleichheit 2007 und der deutschen EU-Präsidentschaft im

ersten Halbjahr wird sich der Europäische Rat vom März 2006, der der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der EU gewidmet ist, auch mit der Beschäftigungssituation von Jugendlichen und ihrer Eingliederung in die Arbeitswelt befassen. Frankreich und Deutschland plädieren dafür, auf diesem Europäischen Rat die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu bekräftigen und einen Pakt gegen Diskriminierungen zu schließen.

Zuwanderung und Integration sind prägend für die Geschichte unserer beiden Länder. Die Politik der Chancengleichheit ermöglicht es, die Bedürfnisse der Kinder und Enkelkinder von Migranten und Migrantinnen in besonderer Weise zu berücksichtigen. Sie dürfen nicht diskriminiert werden. Die deutsch-französische Initiative stützt sich auf eine Partnerschaft von Staat und Gesellschaft. Sie umfasst die Bereiche Bildung und Ausbildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung, Jugend- und Sozialpolitik sowie innere Sicherheit. Sinn und Zweck dieser Zusammenarbeit liegt in der Verknüpfung unterschiedlicher Problemstellungen, Herangehensweisen sowie politischer und juristischer Traditionen in Deutschland und Frankreich.

### **1) Schaffung eines Best-Practice-Forums**

Unsere beiden Länder möchten auf der Grundlage einer gemeinsamen Evaluierung und eines breit angelegten Erfahrungsaustauschs über Beispiele guter Praxis, konkrete Initiativen auf bilateraler Ebene festlegen, die möglicherweise auf die europäische Ebene übertragen werden können. Dabei knüpfen wir an bereits bestehende Instrumente und Initiativen an.

Wir sehen fünf Bereiche als grundlegend für diese gemeinsamen Projekte und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch an: den Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie die Bereiche Stadtentwicklung, Sport, Kultur und die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen. In der Tradition unserer bilateralen Zusammenarbeit wollen wir durch Einbindung aller staatlichen Akteure, Gebietskörperschaften, Verbände und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die im Bereich der deutsch-französischen Beziehungen aktiv sind, unser Wissen und unsere Energien bündeln. Dabei haben wir, wo immer es geht, den Austausch und die Zusammenarbeit mit der EU-Kommission und weiteren europäischen Partnern im Auge.

## **2) Bildung, Fortbildung, Arbeit und Mobilität**

Bildung, Fortbildung und Arbeit sind die Schlüssel für Integration und Chancengleichheit und halten die Gesellschaft zusammen. Es ist uns deshalb ein zentrales Anliegen, Bildung und Ausbildung sozial benachteiligter Menschen und insbesondere von Jugendlichen, zu verbessern und einen gemeinsamen Grundstock an Wissen, Werten und Kultur zu sichern. Aufgrund unzureichender Sprachkenntnisse wird der Zugang zu Beschäftigung und Eingliederung vor allem Menschen mit Migrationshintergrund erschwert.

In einer Best-Practice-Konferenz und gezielten Workshops wollen wir den Austausch über Programme und Reformvorhaben vertiefen, die auf eine Verbesserung der Situation junger Menschen abzielen, die unter mangelnder Chancengleichheit zu leiden haben:

Wir werden uns über den Zugang sozial benachteiligter junger Menschen zu Aus- und Weiterbildung einschließlich der Hochschulen in beiden Ländern und der Grandes Ecoles austauschen.

Des Weiteren wollen wir erörtern, wie die Sprachkompetenz dieser jungen Menschen verbessert werden kann.

Auch der Zugang zum öffentlichen Dienst unserer Länder könnte Gegenstand eines Erfahrungsaustausches sein. Dazu gehört auch der Polizeidienst.

Auch auf Buchmessen wird jungen Menschen, die normalerweise wenig Zugang zu Büchern haben, die Möglichkeit eröffnet, Literatur kennen zu lernen. Wir wollen einen Workshop über die Initiativen zur Förderung des Lesens organisieren, die von deutschen und französischen Verbänden in sozial benachteiligten Stadtteilen veranstaltet werden.

Für den Erfolg von Integration und Chancengleichheit ist die Einbindung von Unternehmen entscheidend:

Die französische Charta der Vielfalt in Unternehmen, eine Selbstverpflichtung für eine Unternehmenskultur der Pluralität, kann als Vorbild für deutsche Unternehmen dienen und dazu beitragen, jungen Menschen mit Migrationshintergrund bessere Ausbildungs- und Arbeitschancen zu geben.

Der französische Preis "Talents des cités" könnte auf junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus sozial benachteiligten Stadtteilen in Deutschland ausgeweitet werden.

Dabei berücksichtigen wir auch die Mobilität zwischen unseren beiden Ländern und auf europäischer Ebene.



Wir wollen sozial benachteiligten jungen Menschen die Möglichkeit eröffnen, Bildungs- und Ausbildungserfahrungen im jeweiligen Nachbarland zu machen. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung werden hierzu beitragen.

Deutschland und Frankreich werden sich der Frage zuwenden, ob auf europäischer Ebene die Zahl der Erasmus- und Leonardostipendien im Programm Lebenslanges Lernen signifikant erhöht werden können, was bis zu einer Verdoppelung gehen könnte, um die Mobilität junger Auszubildender und Studierender zu fördern.

Frankreich und Deutschland werden die Möglichkeiten gemeinsamer Freiwilligenaufenthalte junger Menschen in und außerhalb der EU prüfen.

Hierzu wird das Deutsch-Französische Jugendwerk eine Studie über das von ihm durchgeführte Freiwilligenprojekt in Marokko im Jahr 2005 erstellen, die auch auf die notwendigen Rahmenbedingungen eingehen soll. Das Jugendwerk wird Verantwortliche beider Länder einladen, um auf der Basis seiner Studie über eine Intensivierung gemeinsamer Freiwilligenaufenthalte zu beraten.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir zusammenwirken, um im bereits vereinbarten Rahmen der Dreieckspartnerschaften alle bestehenden Möglichkeiten zu bündeln und zu befördern.

### **3) Stadtentwicklung und Stadtpolitik**

Wir müssen den Herausforderungen von Integration und Chancengleichheit vor Ort begegnen. Hier entscheidet sich, ob der soziale Zusammenhalt gelingt.

Unsere beiden Länder wollen sich unter Einbeziehung der verschiedenen staatlichen Akteure, vor allem auf lokaler Ebene, und der Vereine vor Ort sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft über Programme zur sozialen Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, vor allem solchen mit Migrationshintergrund austauschen und Kooperationen anregen.

Geplant sind der Austausch unter Fachkräften sowie eine Best-Practice-Konferenz im Herbst 2006, bei der vor allem die Erfahrungen der neuen französischen Präfekten für Chancengleichheit und herausragender kommunaler Ausländerbeauftragter in Deutschland

einfließen sollen. Auf Vorschlag des deutsch-französischen Jugendwerkes ist dabei an eine Zusammenschau guter Praxis in jeweils einer Region im Sinne des Poitiers-Prozesses gedacht. Darüber hinaus wollen wir in einem Wettbewerb Integrationsprojekte im kommunalen Bereich identifizieren und öffentlichkeitswirksam vorstellen. Wir wollen unsere Zusammenarbeit im Rahmen bereits bestehender europäischer Programme vertiefen (URBAN II, Europolis).

Zwischen der ANRU (Agence Nationale pour la Rénovation Urbaine/Nationales Amt für Stadterneuerung) und den Sanierungsprogrammen für die neuen Bundesländer könnte ein Erfahrungsaustausch entwickelt werden.

Die deutsch-französischen Städtepartnerschaften gehören zum Kern der deutsch-französischen Beziehungen und wollen ihre Erfahrungen und Möglichkeiten aktiv einbringen. Der Austausch über die Programme "Soziale Stadt" und "Politique de la Ville" wird intensiviert. Geprüft wird ein intensiverer Erfahrungsaustausch von Polizistinnen und Polizisten, die in sozialen Brennpunkten arbeiten.

#### **4) Sport**

Sport ist ein herausragendes Integrationsinstrument. Er eröffnet individuelle Chancen und Möglichkeiten, lässt Freundschaften entstehen und hilft, Ressentiments abzubauen. Dieses Potential wollen wir gemeinsam nutzen.

Im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland und der Tour de France werden unsere beiden Länder gemeinsame sportliche Aktivitäten organisieren, um den Teamgeist der Jugendlichen und das interkulturelle Lernen zu fördern. Das Deutsch-Französische Jugendwerk organisiert darüber hinaus im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft Seminare, Begegnungen und sportliche Wettkämpfe. Dieses Programm richtet sich auch an sozial benachteiligte junge Menschen.

In den meisten Sportarten sind Mädchen mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich vertreten. Vor diesem Hintergrund prüfen unsere beiden Länder gemeinsame Projekte, mit denen die Teilnahme von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund am Amateur- und Leistungssport gefördert werden kann. Zugleich wollen wir prüfen, inwiefern wir ihnen den beruflichen Zugang zum Sportjournalismus erleichtern können.

## **5) Kultur und Kampf gegen Diskriminierung**

Unsere beiden Länder haben sich der Förderung des sozialen Zusammenhalts verschrieben, der auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Werten gründet, welche dem Reichtum und der Vielfalt ihrer Kulturen entspringen.

Durch Dialog und eine enge Zusammenarbeit im Kampf gegen Diskriminierung möchten wir den gemeinsamen politischen und sozialen Raum fördern und festigen. Zugleich wollen wir den Blick der Deutschen und Franzosen für die Schwierigkeiten der Integration und der sozialen Ungleichheit im Partnerland schärfen.

Um unsere Gesellschaften für kulturelle Differenzen, die Integration, die Chancengleichheit und für den Kampf gegen Diskriminierung zu sensibilisieren, regen wir die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Journalistinnen und Journalisten sowie Produzenten und Regisseuren aus Film und Fernsehen als wichtige Vermittlungsinstanzen an und bitten sie, gemeinsame Projekte zu erarbeiten und sich dabei vor allem auf den "Eurimages"-Fonds des Europarats zu stützen.

Die Deutsche Welle (DW) und Radio France International (RFI) verstärken ihre Kooperation zum Themenbereich Migration.

Der Beitrag, den ARTE durch sein Programm zum Bewusstsein über die Probleme und Fragen in Verbindung mit Integration und Chancengleichheit in unseren beiden Ländern leistet, ist begrüßenswert und muss gefördert werden.

Das Programm des Deutsch-Französischen Jugendwerks zur besseren gegenseitigen Information mit dem Schwerpunkt Integration wird fortgeführt und vertieft.

Wir wollen zugleich Ausstellungen und Austausch zu den Themen Heimatverlust und Kampf gegen Diskriminierungen fördern und gemeinsame Projekte der deutschen und französischen Kulturinstitute zum Dialog der Kulturen lancieren.

Wir wollen den Austausch zwischen den sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen beider Länder verstärken. Daraus soll ein deutsch-französisches Forscher- und Praktikernetzwerk entstehen, aus dem Berater und Referenten für Integration und Chancengleichheit in Theorie und Praxis kommen.

In Zusammenarbeit mit dem deutsch-französischen Institut in Genshagen wollen wir je eine Tagung in Deutschland und Frankreich zum Themenfeld Kulturnation, Identitäten, Religionen initiieren.

Wir schlagen vor, deutsche und französische Schulklassen aus sozial benachteiligten Gebieten zu einer Reflexion über das Thema Chancengleichheit anzuregen und darauf Austauschmaßnahmen und Zusammenkünfte folgen zu lassen.

Als Pilotprojekt planen wir Lesungen deutscher und französischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen mit Migrationshintergrund in Schulen.

Wir wollen uns über Beispiele guter Praxis und die Erfahrung mit Pilotprojekten im Kampf gegen die Diskriminierung bei der Einstellung und Eignungsprüfungen von Berufsanfängern austauschen. Die Erfahrungen und innovativen Impulse der Hohen Behörde zum Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichheit HALDE (Haute Autorité de Lutte contre les Discriminations et pour l'Égalité), der Kommission zur Förderung der Chancengleichheit und der Staatsbürgerschaft COPEC (Commission pour la promotion de l'Égalité des Chances et la Citoyenneté), dem Aktions- und Unterstützungsfonds für Integration und den Kampf gegen Diskriminierung FASILD (Fonds d' Action et de Soutien pour l' Intégration et la Lutte contre les Discriminations) und dem Vertrag zur Aufnahme und Integration werden darin einfließen.

## **6) Förderung der Chancengleichheit für junge Frauen mit Migrationshintergrund**

Die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist eine zentrale Herausforderung für unsere beiden Länder. Überdies ist sie entscheidend für eine gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund: Wir möchten die Emanzipation und die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen fördern.

Auch ein gemeinsamer Grundstock an Wissen ist ein wichtiges Mittel zur Emanzipation von Mädchen und Frauen. Unsere beiden Länder möchten Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, kulturelle Institutionen und Unternehmen dazu anregen, eine Festigung dieses Grundstocks und den Zugang junger Frauen zum Arbeitsmarkt zu fördern.

In beiden Ländern existieren in diesem Bereich zahlreiche Projekte und Initiativen. Wir wollen den diesbezüglichen Austausch von Beispielen guter Praxis vertiefen, vor allem im Bereich der Bildung und der beruflichen Bildung.

Im Frühjahr 2007 werden wir in Zusammenarbeit mit deutschen und französischen Frauenorganisationen sowie Organisationen von Frauen mit Migrationshintergrund und der European Women´s Lobby einen Kongress durchführen.

## **7) Europäische Perspektiven**

Wir werden die hier vorgeschlagenen Maßnahmen in enger Absprache zwischen allen Beteiligten auf deutscher und französischer Seite koordinieren, wissenschaftlich begleiten und im Frühjahr 2007 evaluieren. Unsere Bemühungen werden 2007 in eine ehrgeizige Initiative im Rahmen des europäischen Jahres der Chancengleichheit und der deutschen EU-Präsidentschaft münden.

## DEUTSCH-FRANZÖSISCHES FORUM DER GUTEN PRAXISBEISPIELE

18. Juli 2006

### DIE ZUKUNFT EUROPAS DURCH INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT

#### **I. Konferenz, Teilnehmer, Projektbeispiele**

Unter Beteiligung von StM Gloser, StM'in Böhmer sowie ihren französischen Amtskollegen Europaministerin Colonna und dem beigeordneten Minister für Chancengleichheit Begag fand am 18.7.06 in Paris eine Konferenz zu guten Praxisbeispielen im Bereich Integration und Chancengleichheit statt, die vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg (dfi) organisiert wurde. Sie ist der Auftakt zu einem Diskussions- und Konsultationsprozeß im Rahmen des vom Deutsch-Französischen Ministerrat am 14. März beschlossenen Aktionsplans zum Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Ansätze in der Praxis. Diese sollen als Grundlage für eine Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich Integration und Chancengleichheit dienen.

Vertreten waren rund 70 Organisationen aus der staatlichen Verwaltung (Fachministerien), dem zivilgesellschaftlichen Bereich (Stiftungen, lokale Initiativen) sowie Städten und Landkreisen. Präsentiert wurden 25 Beispiele für erfolgreiche Projekte. Trotz der Unterschiede – integrationspolitisches Leitbild, Herkunft und sprachliche Kompetenzen der Migranten – zeigte das sehr vielfältige Mosaik der Projekte, wie breit die Grundlage für deutsch-französischen Austausch und Zusammenarbeit zu diesem Thema ist. Der Mehrwert der Veranstaltung bestand darin, eine große Zahl von Akteuren zusammenzubringen, die bislang nur im nationalen Kontext gewirkt haben und jetzt erstmals für die deutsch-französische Dimension des Themas mobilisiert werden konnten. Die Grundlage für eine Vernetzung und weitere Mobilisierung der Teilnehmer wurde damit gelegt.

Inhaltlich setzte die Konferenz zwei Schwerpunkte: die Sicherung von Chancengleichheit und Integration beim Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Integration und Chancengleichheit vor Ort, also auf kommunaler Ebene. Auf deutscher Seite wurden insbesondere Projekte vorgestellt,

welche die Sprachbeherrschung sowie die beruflichen Qualifizierung der Migranten verbessern (Deutschkurse speziell für Mütter; gezielte Förderung von Hauptschulen, welche gerade deshalb erfolgreich ist, weil Migranten nicht als gesonderte Gruppe behandelt werden; Ausbildung ehrenamtlicher Tutoren, die in Brennpunktvierteln Grundschüler aus Einwandererfamilien begleiten).

Von französischer Seite wurde die Schwerpunktförderung von Schulen in bestimmten Stadtteilen nach dem neuen Gesetz zur Chancengleichheit erläutert, wobei die Vermittlung eines „socle commun des connaissances“ (Französisch, Mathematik, Fremdsprache, soziale Kompetenzen) eine Schlüsselrolle spielt; die 2004 gegründete Anti-Diskriminierungsbehörde HALDE sowie die „charte de la diversité“ (von 2000 Großunternehmen unterzeichnet) sind Beispiele übergreifender Maßnahmen im staatlichen und privaten Bereich. Anhand stadtbezogener Projekte („Soziale Stadt“ (D) und Verträge zum sozialen städtischen Zusammenhalt (F)) wurde deutlich, wie ein Handlungskonzept städtebaulicher Entwicklungsplanung mit einem Integrationsansatz verknüpft werden kann.

## **II. Bewertung und Schlußfolgerungen**

Während der deutsche Ansatz stark auf Qualifikationsmaßnahmen und Sprachförderung setzt, ist auf französischer Seite die Heranführung an die republikanischen Institutionen handlungsleitend. Doch es sind auch Konvergenzen feststellbar, nicht nur im Bereich der Stadtteilpolitik, wo sich die deutsche und französische Herangehensweise stark ähneln (unabhängig der divergenten Zuständigkeiten und Finanzvolumen). Der deutsche und französische Diskurs unterscheiden sich zwar, doch wurde deutlich, daß die vorgestellten erfolgreichen Praxisbeispiele auf einer Problemwahrnehmung beruhen, die in Deutschland und Frankreich nahezu identisch ausgefallen ist. Übergreifend wurde festgestellt, daß der Einbezug von Unternehmen sowie der Einbezug aller Akteure in ein konkretes Projekt einen wesentlichen Erfolgsfaktor darstellen.

Übergeordnet läßt sich festhalten, daß beide Länder sich gegenwärtig in einem Stadium befinden, in dem sie die Weichen dafür stellen, die Spielregeln von Integration und Chancengleichheit im eigenen Land transparenter zu machen. Damit einher geht eine Reihe von Desiderata,

die bei der zukünftigen Befassung mit dem Thema berücksichtigt werden sollten:

- Integration und Fördermaßnahmen betreiben, ohne in Begriffen der Benachteiligung und Diskriminierung zu denken und zu sprechen
- Bewußter Umgang mit der Begrifflichkeit (Ist von Chancengleichheit oder Ausländerintegration die Rede?)
- Die Lebensleistung der Minderheiten anerkennen
- Emblematische Karrieren stärker in den Vordergrund rücken, welche die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden
- Den bislang vernachlässigten Aspekt der Gesundheit stärker fördern und/oder mit dem Bereich Integration und Sport verzahnen. Über die Gesundheit erreicht man die Familien besser.

### **III. Weiteres Vorgehen**

Nach diesem Auftakt geht es im weiteren Verlauf darum, über mögliche gemeinsame Anknüpfungspunkte und Projektansätze nachzudenken. Mit Blick auf die schwerpunktmäßige Behandlung des Themas beim kommenden Deutsch-Französischen Ministerrat am 12.10.06 soll der gewonnene Überblick über erfolgreiche Ansätze in ein deutsch-französisches Maßnahmenpaket überführt werden, das sowohl gemeinsame Projekte wie auch die Übernahme erfolgreicher Ansätze im jeweiligen Partnerland beinhalten kann. Im Bilateralen wäre denkbar, einen Schwerpunkt auf folgende Bereiche zu setzen:

- Medien: sprachpädagogische Nutzung des Mediums Fernsehen einerseits, für eine sichtbarere Repräsentierung von Migranten andererseits
- Berufliche Bildung: Besondere Anstrengung im beruflichen Bildungssektor zur Herstellung von Chancengleichheit
- Charte de la diversité / Charta der Vielfalt: Möglichkeiten unternehmensspezifischer Integration



In einem dritten Schritt gilt es, die europäische Dimension des Themas in den Blick zu nehmen. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft sollen im Rahmen des europäischen Jahres für Chancengleichheit Deutschland und Frankreich Vorschläge tragfähiger Projekte unterbreiten, die auf EU-Ebene verfolgt und umgesetzt werden können. Denkbar wäre ein Impuls, der die Bedeutung von Integrationskursen europaweit hervorhebt.

**OFFIZIELLE ERKLÄRUNG DER BUNDESREGIERUNG  
INTEGRATIONSGIPFEL VOM 14. JULI 2006**

GUTES ZUSAMMENLEBEN – KLARE REGELN

Die Bundesregierung hat zu einem Integrationsgipfel eingeladen. Mit 70 Gästen aus Politik und Gesellschaft tagt der Gipfel im Kanzleramt. Ziel ist es, einen nationalen Integrationsplan zu erarbeiten.

Das Bundeskabinett verabschiedete dazu eine Erklärung, die von der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer vorgelegt wurde. Diese Erklärung ist die Positionsbestimmung der Bundesregierung im Vorfeld des Gipfels.

**Schlüsselaufgabe Integration**

Die Integration von Zuwanderern ist eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Die Bundesregierung sieht darin eine politische Schlüsselaufgabe.

Deutschland ist nicht erst seit der Anwerbung der „Gastarbeiter“ Ziel von Zuwanderung. Unser Land blickt auf eine lange und prägende Migrationstradition mit zahlreichen Beispielen erfolgreicher Integration zurück. Wir sollten diesen historischen Erfahrungsschatz stärker als bisher für einen positiven und pragmatischen Umgang mit Zuwanderung und Integration nutzen.

**Zuwanderung rückläufig**

Heute leben in Deutschland rund fünfzehn Millionen Menschen, die einen Migrationshintergrund haben oder als Spätaussiedler zu uns gekommen sind. Dies ist fast ein Fünftel der Bevölkerung in unserem Land. Der überwiegende Teil dieser Menschen hat längst seinen Platz in unserer Gesellschaft gefunden und ist voll integriert. Im Jahr 2010 wird möglicherweise in den großen deutschen Städten bereits jeder Zweite unter vierzig Jahren einen Migrationshintergrund haben.

Die Zahl der Neuzuwandernden geht indes in den letzten Jahren stetig zurück. Im Jahr 2005 kamen rund 110.000 Menschen aus Nicht-EU-Staaten aus Gründen des Familiennachzugs, als Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer oder als Arbeitsmigranten mit der Perspektive auf

Daueraufenthalt nach Deutschland; in den Jahren 2002 bis 2004 lag die Zahl der Neuzuwandernden noch um 20.000 bis 80.000 pro Jahr höher.

### **Potenziale nutzen**

Hinter den Begriffen Migration und Integration verbergen sich sehr unterschiedliche Lebenswirklichkeiten. Es macht einen Unterschied, ob Männer oder Frauen, freiwillig oder unfreiwillig, als deutschstämmige Aussiedler oder als Angehörige anderer Nationen, aus einem verwandten oder sehr fernen Kulturkreis, alleine oder mit ihrer ganzen Familie zu uns kommen. Familie kann einerseits Integrationsmotor, andererseits aber auch Integrationsbremse für den Zugang zur Aufnahmegesellschaft sein. Wenn sich Zugewanderte in kulturell geschlossenen Systemen bewegen, in denen sie die deutsche Sprache nicht brauchen, können sich Spracherwerb und Überwindung der Fremdheit verzögern. Integrationspolitik muss daher verstärkt die ganze Familie in den Blick nehmen.

Angesichts des demographischen Wandels und des wachsenden weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen wir auch zukünftig Zuwanderung gezielt für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands nutzen. Auch dafür ist eine nachhaltige Integrationspolitik dringend erforderlich. Zuwandernde haben wesentlich zur wirtschaftlichen Kraft und kulturellen Vielfalt Deutschlands beigetragen. Dazu zählen auch rund 300.000 Unternehmer, die eine Million Arbeitsplätze geschaffen haben.

### **Zuwanderung der Besten**

Die Zuwanderung, insbesondere der „Gastarbeiter“ in den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, war dadurch gekennzeichnet, dass in erster Linie Menschen mit einem geringeren Bildungsgrad nach Deutschland kamen, die überwiegend einfache Tätigkeiten ausübten.

Viele Migrantinnen und Migranten sind in der Zwischenzeit zu „Aufsteigern“ in unserer Gesellschaft geworden. Andere sind vom Wandel am Arbeitsmarkt betroffen, der mehr und mehr qualifizierte Arbeitskräfte verlangt. Dem muss neben der Integrations- auch die Zuwanderungspolitik gerecht werden: Zuwanderung der Besten und

jedenfalls derjenigen, die für ihren Unterhalt sorgen können.

### **Integrationsdefizite in der 2. und 3. Generation**

In der jüngsten Zeit müssen wir aber feststellen, dass gerade bei der zweiten und dritten Generation deutliche Integrationsdefizite bestehen. Zu nennen sind in erster Linie die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache, Schwächen in Bildung und Ausbildung, eine höhere Arbeitslosigkeit und die fehlende Akzeptanz von Grundregeln unseres Zusammenlebens bis hin zur Verletzung von Gesetzen, nicht zuletzt von Frauenrechten. Für die Zukunft der Menschen in unserem Land wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass alle bereit und willens sind, diese Defizite zu beheben.

Wir müssen verhindern, dass eine „verlorene Generation“ entsteht. Integrationsdefizite bergen die Gefahr, dass aus einem Miteinander ein Nebeneinander und im schlimmsten Fall sogar ein Gegeneinander wird. Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem weltoffenen Land, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft friedlich und rechtstreu miteinander und in gegenseitiger Achtung leben, ist Integration

### **Teilhabe und Verantwortung**

Erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung. Dafür sind Anstrengungen seitens des Staates, der bürgerrechtlichen Gesellschaft und der Migranten und Migrantinnen selbst notwendig. Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwandernden, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Dies erfordert Eigeninitiative, Fleiß und Eigenverantwortung.

Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft benötigen wir dafür Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen.

Es gilt, ein gemeinsames Verständnis von Integration zu entwickeln, das wechselseitige Pflichten und Rechte begründet: für Migrantinnen und Migranten wie für die heimische Bevölkerung. Wer Forderungen

stellt, muss auch fördern. Wer Rechte beansprucht, muss auch Pflichten erfüllen. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis unsere freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet.

### **Integrationsbereitschaft einfordern**

Mit dem Aufenthaltsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt hin zur systematischen Integrationsförderung von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Migrantinnen und Migranten getan worden. Die Bundesregierung hat sich zu ihrer Verantwortung für die Sprachförderung der Zugewanderten und deren Orientierung über Recht, Kultur, Geschichte und das Staatswesen Deutschlands bekannt. Indem wir Menschen, die neu zu uns kommen, ein bestimmtes Maß an Integrationsbemühungen abverlangen, befördern wir auch Akzeptanz für Migration in der Aufnahmegesellschaft.

### **Auftakt zum Dialog**

Hieran wollen wir anknüpfen und Maßnahmen auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft zusammenführen und bündeln. Die Bundeskanzlerin hat deshalb erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem Integrationstreffen eingeladen, an dem Migrantinnen und Migranten sowie Vertreter aller politischen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen teilnehmen. Der Gipfel ist Auftakt zu einem fortlaufenden Dialog, als dessen Abschluss ein Nationaler Integrationsplan mit klaren Zielen, konkreten Maßnahmen und Selbstverpflichtungen als Grundlage einer nachhaltigen Integrationspolitik erarbeitet werden soll.

### **Integrationsplan erarbeiten**

Zur Vorbereitung des Nationalen Integrationsplans werden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen unter Leitung der jeweiligen Bundesministerien konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen für Integration erarbeitet werden. Begleitend richten wir ein Forum für Integration ein, in dem Vertreter der Migrantinnen und Migranten, gesellschaftlicher Gruppen, der Wirtschaft, der

Gewerkschaften, der Kirchen, der Wissenschaft, der Kultur und der Medien in einem Dialog miteinander stehen.

### **Ziele**

Die Bundesregierung will auf den folgenden sechs Handlungsfeldern Fortschritte erzielen, um Integration zu verbessern:

- Integrationskurse weiterentwickeln
- Von Anfang an deutsche Sprache fördern
- Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen
- Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen
- Integration vor Ort unterstützen
- Bürgergesellschaft stärken

## TÄTIGKEITSBEREICH DES FRANZÖSISCHEN MINISTERIUMS FÜR DIE FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

Azouz Begag ist am 3. Juni 2006 vom Premierminister zum beigeordneten Minister für die Förderung der Chancengleichheit ernannt worden. Seine Aufgabe ist es, das Regierungshandeln zugunsten der Chancengleichheit im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sektor zu bereichern und zu koordinieren. Er fördert zudem alle Maßnahmen, die auf eine Verringerung der Diskriminierungen vor allem in Fragen der Bildung, des Arbeitsmarkts, der Gesundheit und des Zugangs zur Partizipation in der Gesellschaft abzielen. Er sorgt für die praktische Umsetzung dieser Maßnahmen.

Das Ministerium kann sich bei seiner Arbeit auf die folgenden Institutionen und ministerialen Abteilungen stützen : Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit ; Generaldirektion für Verwaltung und öffentlichen Dienst ; Generaldirektion für Arbeit und Berufsbildung ; Abteilung für Medienentwicklung ; Abteilung für Arbeitsbeziehungen ; Abteilung für Zuwanderung und soziale Gruppen ; Abteilung für schulische Bildung ; interministerielle Abteilung für Städtebau und soziale Stadtentwicklung ; Beauftragter der Regierung für Behinderte ; Amt für Frauenrechte und Gleichstellung ; Amt für Recht und Gerechtigkeit in der Stadtpolitik. Das Ministerium leitet zudem das departementale Netzwerk aller Kommissionen für Chancengleichheit (COPEC), das den Präfekturen zugeordnet ist.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zu Wohnraum sowie die allgemeine Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt.

Die grundlegenden Konzepte dieser Politik wurden bereits 2004 in dem Bericht entwickelt, den Azouz Begag dem damaligen Innenminister Dominique de Villepin vorgelegt hat. Der Titel des Berichts lautet: *La République à ciel ouvert* (Die Republik des offenen Himmels). Dieser Titel trägt dem besonderen Gewicht Rechnung, das die Regierung dem Thema der Chancengleichheit beimisst.

Es handelt sich um einen Politikansatz, der den Übergang der Integrationsproblematik zu den Fragen der Chancengleichheit in der Gesellschaft gewährleistet. Die große Herausforderung ist nicht mehr, die Neuzuwanderer zu integrieren, sondern die Kinder der zweiten oder dritten Generation, die eigentlich, da sie Franzosen sind, im engen Wortsinn gar nicht mehr integriert werden müssen. Diese Politik richtet sich an alle Zielgruppen, die unter Ungleichbehandlung leiden: Personen mit Migrationshintergrund, Frauen, Senioren, Behinderte, Menschen aus ländlichen Gebieten, und ganz allgemein alle Opfer von Diskriminierungen.

Nach der Krise in den Vorstädten im November 2005 hat die Regierung ein Gesetz für Chancengleichheit verabschiedet (31.3.2006) und gleichzeitig sechs beigeordnete Präfekten für Chancengleichheit ernannt, die in den am meisten betroffenen Departements eingesetzt werden. Mit diesem Gesetz wird eine neue Institution geschaffen, die Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit, in der Kompetenzen aus den früheren Einrichtungen FASILD und DIV zusammengeführt werden.

Die Regierung hat die Chancengleichheit zur „Großen nationalen Angelegenheit 2006“ erklärt. Ein Verband von unterschiedlichen Vereinen, die im Bereich der Chancengleichheit aktiv sind, wurde unter Leitung von Daniel Piccouly gegründet. Von diesem Verein gehen im Jahr 2006 etwa 20 Programme aus, die überall in Frankreich zur Anwendung kommen.

Um einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung sicherzustellen und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, startet der Minister für Chancengleichheit eine Reihe spezifischer Aktionen. Dazu gehören: die soziale Öffnung der französischen Elitehochschulen, die Einrichtung von besonders anspruchsvollen Klassen in den Stadtteilen mit erhöhtem pädagogischem Bedarf (z.B. Chinesischunterricht), ein an 54 Einrichtungen implementiertes Programm „Chancengleichheit an der Universität“; oder schließlich der freiwillige soziale Dienst, der es Jugendlichen erlaubt, sich durch ein konkretes Projekt für die Allgemeinheit zu engagieren.



Der Minister hat es sich zudem zur Aufgabe gemacht, die Bürger für die gesellschaftliche Vielfalt zu sensibilisieren und die Akzeptanz zu erhöhen.

Um den Bürgern die Regierungspolitik näher zu bringen und die Bürger selbst in die Diskussionen einzubeziehen, hat der Minister an den fünf regionalen „Tagen für Chancengleichheit“ teilgenommen, die sich mit dem Thema der Frauenrollen in sozialen Brennpunkten, mit der Bildung, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, dem gesellschaftlichen Engagement und der Kultur befasst haben. Der „Tag für Chancengleichheit“ auf nationaler Ebene am 30. Juni hat die Diskussionen der vorausgegangen Treffen und Diskussionen gebündelt.

Rundfunk- und Fernsehanstalten haben die Pflicht, die Vielfalt der französischen Gesellschaft besser zu repräsentieren. Der Rat für Medienaufsicht hat die Aufgabe, hierüber zu wachen.

Um die künstlerische Bearbeitung des Themas „Vielfalt und Chancengleichheit“ in Film und audiovisuellen Medien zu fördern, ist 2006 ein Fonds in Höhe von 5 Millionen Euro geschaffen worden.

Und schließlich hat der Minister eine Rundreise durch die Republik mit 20 Etappen organisiert, um die Unternehmer für mehr Vielfalt bei der Anstellungspolitik zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Die Chancengleichheit war eines von zwei zentralen Themen der deutsch-französischen Zusammenarbeit während des Jahres 2006. Dank der Zusammenarbeit mit der Staatsministerin für Integration im Bundeskanzleramt, Maria Böhmer, ist es gelungen, nach französischem Vorbild eine deutsche Charta für Vielfalt in den Unternehmen zu unterzeichnen.

Darüber hinaus haben wir, gemeinsam mit den Ministern Catherine Colonna, Günther Gloser und Maria Böhmer, das auf Dauer angelegte „Forum guter Praxisbeispiele im Bereich Integration und Chancengleichheit“ ins Leben gerufen, in dem sich auch die deutsch-französischen Städtepartnerschaften engagieren.

## EIN DEUTSCH-FRANZÖSISCHES NETZWERK ZUM AUSTAUSCH VON BEISPIELHAFTEN INITIATIVEN AUF REGIONALER UND LOKALER EBENE 14.- 17. September 2006

### INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT FÖRDERN

Die Frage, wie sozialer Zusammenhalt gefördert und Desintegrationsprozessen der Gesellschaft entgegengetreten werden kann, stellt sich für Deutschland wie für Frankreich gleichermaßen. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) und die Stiftung Genshagen haben im Jahr 2006 – aufbauend auf ihren langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich – ein deutsch-französisches Netzwerk zum Thema Integration und Chancengleichheit ins Leben gerufen, das dem Austausch von beispielhaften Initiativen auf regionaler und lokaler Ebene dient. Damit knüpfen beide Institutionen an die Erklärung des deutsch-französischen Ministerrates vom März 2006 zum Thema „Europa der Chancengleichheit: Integration ist Zukunft“ an und wollen außerdem das europäische Jahr der Chancengleichheit 2007 nutzen. Ziel dieser gemeinsamen deutsch-französischen Initiative ist es, eine Plattform für Akteure zu schaffen, die auf dem Feld der Integration aktiv sind. Ihnen soll die Möglichkeit zum Austausch über konkrete Projekte und *bonnes pratiques* gegeben werden, zum interkulturellen Lernen und der Entwicklung gemeinsamer innovativer Projekte. Mittelfristig soll so ein Netzwerk aus Vertretern regionaler und lokaler Initiativen, Vereinen, Verbänden und Bildungseinrichtungen entstehen, das auch Vertreter aus Politik und Wirtschaft mit einbezieht. Begleitet wird dieser Prozess von Wissenschaftlern, um so die Arbeit in den gesellschaftspolitischen Kontext beider Länder einzuordnen und eine Reflexion über die eigene Praxis zu ermöglichen. Das Projekt reiht sich in den Poitiers-Prozess ein, der die deutsch-französische Zusammenarbeit auf regionaler Ebene verstärken soll; die Initiative ist deswegen zunächst geographisch auf die Regionen Berlin und Brandenburg sowie die Stadt Paris und die Region Ile de France konzentriert.

Bei der Auftaktveranstaltung Mitte September in Schloss Genshagen diskutierten Akteure aus der Praxis, Wissenschaftler und Vertreter der politischen Welt aus der Region Ile-de-France und dem mit ihr verschwisterten Land Brandenburg sowie aus den beiden Hauptstädten Berlin und Paris. Es nahmen ca. 40 Akteure teil, die – vorwiegend mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen – im Bereich von Integration und Chancengleichheit arbeiten und bislang wenig Erfahrungen mit dem anderen Land hatten. In mehreren Arbeitsgruppen – berufliche Bildung/Integration in den Arbeitsmarkt, Integration und Chancengleichheit in Schule und außerschulischer Jugendarbeit – wurden die unterschiedlichen Realitäten und Ansätze erörtert und beispielsweise auf unterschiedliche Vorstellungen im Hinblick auf „Kultur“, „*différence culturelle*“, „Multikulturalität“ hingewiesen.

Um die Strukturen im anderen Land kennen zu lernen und damit eine gemeinsame Diskussionsbasis zu schaffen, waren im Programm zunächst Einführungsvorträge über die Integrationspolitiken in Deutschland und Frankreich vorgesehen, gefolgt von der Vorstellung der spezifischen Situation in den vier Regionen. Die folgenden anderthalb Tage waren der Arbeit in den drei Arbeitsgruppen gewidmet. Dabei wurden konkrete Projekte vor dem Hintergrund ihrer Stärken und Schwächen sowie der Übertragbarkeit auf das andere Land diskutiert. Die Arbeitsgruppen wurden dabei von jeweils einem wissenschaftlichen Begleiter unterstützt, der die Diskussionen mit Blick auf die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in beiden Ländern sowie interkulturelle Verständigungsprozesse während der Veranstaltung auswertete. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden zum Abschluss mit Vertretern der Lokal- und Kommunalpolitik aus Deutschland und Frankreich diskutiert.

Die Auftaktveranstaltung war in mehrerer Hinsicht erfolgreich: Von Seiten der Teilnehmer wurde betont, dass das Treffen die Möglichkeit gegeben habe, außerhalb der oft schwierigen Bedingungen der alltäglichen Arbeit über eigene Erfahrungen zu sprechen und beim Vergleich mit dem Nachbarland Anknüpfungspunkte und neue Ideen zu sammeln. Bereits innerhalb dieser drei Tage wurden ferner verschiedene Kooperationsprojekte angeregt oder konkret geplant, insbesondere im kulturellen Bereich (Tanz-, Theater-, Kunst-,

Museumsprojekte) und im Bereich Sport. Die Anwesenden boten an, als Vermittler bei der Suche nach Partnern für internationale Projekte zu helfen; verschiedene Anregungen und Wünsche an die Veranstalter wurden formuliert (interkulturelles Ausbildungsseminar für junge Polizisten, Begegnungen von jungen Unternehmensgründern mit Migrationshintergrund, Bekanntmachen von erfolgreichen Beispielen beruflicher Integration, Notwendigkeit der interkulturellen Ausbildung im öffentlichen Dienst beider Länder) ebenso wie Erwartungen an die Zukunft des Projekts.

Um das Netzwerk zu stärken und weiter zu entwickeln, ist für Herbst 2007 eine Folgeveranstaltung in Paris geplant. Um neben den bereits erwähnten Kooperationen auch von Seiten des DFJW und der Stiftung Genshagen einen weiteren inhaltlichen Beitrag zu leisten, wird die von den Teilnehmern geäußerte Idee zu einem Fachkräfteaustausch, vertiefenden Seminaren, Fortbildungen und dem Aufbau einer Datenbank aufgegriffen; das DFJW wird außerdem im Rahmen seiner offen ausgeschriebenen Programme Modellprojekte fördern und ein deutsch-französisch-englisches Glossar zum Thema erstellen. Zusätzlich ist geplant, die Teilnehmer des Netzwerks gezielt zu Aktivitäten einzuladen, die sich mit dem Themenfeld Integration und Chancengleichheit auseinandersetzen, um so die entstandenen Synergien auszubauen und weiterzuentwickeln. Die Stiftung Genshagen und das DFJW werden weiterhin als Kontakt- und Beratungsstellen für die Akteure aus den beiden Ländern zur Verfügung stehen und entsprechende Strukturen aufbauen.

## 7. DEUTSCH-FRANZÖSISCHER MINISTERRAT 12. Oktober 2006

### INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT

#### **Sachstand**

Anlässlich des 6. Deutsch-Französischen Ministerrats haben der französische Staatspräsident und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland einen ehrgeizigen und innovativen Prozess der Zusammenarbeit zur besseren Integration von Jugendlichen in unseren beiden Ländern eingeleitet, der von den Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Frau Colonna und Herrn Gloser, und den Staatsministern für Chancengleichheit, Frau Böhmer und Herrn Begag, koordiniert wird.

Diese Initiative steht in der Tradition der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die für die Öffnung gegenüber dem Partner wirbt. Sie fügt sich in die gemeinsamen Anstrengungen ein, die darauf gerichtet sind, die Jugend unserer Länder besser miteinander bekannt zu machen und ihr neue Perspektiven zu eröffnen, indem sie ihre Mobilität unter Bezugnahme auf die Ideale der europäischen Vereinigung fördert. Dieses gemeinsame Engagement ist ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr sich unsere Länder dafür einsetzen, dass unsere Jugendlichen, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, in beruflicher, sozialer und kultureller Hinsicht klare und sichere Zukunftsperspektiven erhalten, die ihnen persönliche Entfaltung, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen, kulturellen oder familiären Hintergrund ermöglichen. Die Achtung der Vielfalt in der Gesellschaft ist eine Errungenschaft in unseren beiden Ländern, die wir gegen Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus verteidigen. Beide Länder haben die gesetzlichen Grundlagen für die Gewährleistung der Chancengleichheit geschaffen, was die Einrichtung von Agenturen zur Bekämpfung von Diskriminierung einschließt.

Diese Initiative hat eine wichtige europäische Dimension: Wir möchten die Erkenntnisse aus unserer integrationspolitischen Zusammenarbeit dazu nutzen, den europäischen Dialog auf diesem Gebiet weiter zu entwickeln. Frankreich und Deutschland ist daran gelegen, dass im

Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft und des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 konkrete Vorschläge gemacht werden.

### **Initiativen**

Für diesen Dialog wurde bereits ein Rahmen geschaffen: Durch die Konferenz über gute Praxisbeispiele im Bereich Integration und Chancengleichheit, die im Juli vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg veranstaltet wurde, konnte ein dauerhafter Diskussions- und Konsultationsprozess in Gang gesetzt werden und eine Vielzahl lokaler, nationaler und bilateraler Akteure miteinander in Kontakt treten.

Unter der Schirmherrschaft des Deutsch-Französischen Jugendwerks treffen sich deutsche und französische Jugendliche, darunter auch Jugendliche aus sozial schwachem Umfeld oder mit Migrationshintergrund, im Vorfeld des deutsch-französischen Ministerrates, um sich zu Fragen der Integration und Chancengleichheit auszutauschen. Sie tragen die Schlussfolgerungen dieses Treffens der Bundeskanzlerin und dem Staatspräsidenten im Rahmen des deutsch-französischen Ministerrats vor.

Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen gehen in diese Richtung: So wurden auf dem am 15. September in Evian stattfindenden "15. Evian-Treffen" deutscher und französischer Unternehmer die Themen Integration und Chancengleichheit angesprochen. Das DFJW veranstaltete ein Seminar zum integrationspolitischen Erfahrungsaustausch zwischen den Hauptstadtregionen Berlin und Île-de-France. Die Freundschaftsgruppe Senat-Bundesrat befasste sich auf ihrem Treffen vom 5. bis 7. Oktober mit Fragen der Integration und Chancengleichheit, ebenso wie die deutsch-französische Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf ihrem Treffen am 5 und 6. Oktober. Am 19. Januar 2007 wird sich der Wirtschafts- und Sozialrat in Paris auf der zweiten Jahreskonferenz der französischen und deutschen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft ebenfalls mit Fragen der Integration und der Chancengleichheit befassen. Die Deutsch-Französische Hochschule widmet ihre Sommeruniversität im nächsten Jahr der Forschung zu diesem Themenbereich.

## Perspektiven

Diese Initiative besitzt ein großes Innovationspotenzial, indem sie im gemeinsamen Gedankenaustausch auch die Unterschiede konsequent nutzt, die zwischen unseren beiden Ländern in der Einwanderungs-, Integrations-, Nationalitäten-, Stadtentwicklungs-, Kommunal- und Bildungspolitik, in den Bereichen Sport und Kultur sowie bei der Rolle der Zivilgesellschaft bestehen.

Bereits jetzt erscheinen folgende Zielrichtungen besonders vielversprechend:

**Medien:** Nutzung des pädagogischen Potenzials des Fernsehens und seiner Funktion als Vermittler von Vielfalt, Darstellung der Lebenswege von Einwanderinnen und Einwanderern in der Berichterstattung, Schwerpunkt auf beispielhaften Karrieren, welche die Vielfalt unserer Gesellschaften widerspiegeln

**Förderung des Hochschulzugangs:** Förderung des Hochschulzugangs, insbesondere zu Spitzenuniversitäten für Jugendliche aus sozial schwachem Umfeld in unseren beiden Ländern und auf europäischer Ebene

**Berufliche Bildung:** Besondere Anstrengungen um die Chancengleichheit im Bereich der beruflichen Bildung zu gewährleisten, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Deutsch-Französischen Sekretariats in Saarbrücken. In diesem Zusammenhang findet ein Workshop des BMBF am 30.11.2006 in Berlin statt, der gemeinsam mit dem französischen Erziehungs- und dem französischen Arbeitsministerium durchgeführt wird. Auf europäischer Ebene haben sich Frankreich und Deutschland konkret dafür eingesetzt, die Zahl der Mobilitätsstipendien für Auszubildende und Studierende im neuen EU-Bildungsprogramm Lebenslanges Lernen ab 2007 signifikant zu erhöhen.

**Stadtentwicklung:** Um der sozialen und räumlichen Polarisierung in den Städten entgegen zu wirken, tauschen sich Frankreich und Deutschland regelmäßig über Fragen der Stadtentwicklung aus, so auch über die Programme und Projekte zur sozialen Stadt. Im Dezember 2006 wird in Reims ein hochrangiges deutsch-französisches Seminar zum Stadtumbau veranstaltet, bei dem auch soziale Aspekte eine Rolle spielen.

**Deutsch-Französischer Freiwilligendienst:** Ausbau der Brücken zwischen den deutschen und den französischen Freiwilligenprogrammen, um ein spezifisch deutsch-französisches Freiwilligenmodellprojekt für Jugendliche zu erproben.

**Charta der Vielfalt:** Ausdehnung der Initiative auf Deutschland, durch die Anpassung der Charta auf deutsche Verhältnisse und deren Unterzeichnung durch deutsche Großunternehmen im Laufe des Monats Dezember 2006.

**Eine besondere Gewichtung von Projekten für junge Frauen,** die u.a. im Bereich des Sports die Chancengleichheit fördern.

Deutschland und Frankreich werden auf der Grundlage dieses Dialogs und im Geist des europäischen Jugendpaktes gemeinsam mit unseren europäischen Partnern konkrete Vorschläge und Veranstaltungen im Rahmen des europäischen Jahres der Chancengleichheit vorstellen.



## EMPFEHLUNGEN UND VORSCHLÄGE AN DEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN MINISTERRAT

12. Oktober 2006

Eine Gruppe junger Deutscher und Franzosen haben während mehrerer Tage auf einem Seminar, das vom Deutsch-französischen Jugendwerk ausgerichtet wurde, über die Thematik „Integration und Chancengleichheit“ diskutiert. Vier Vertreter dieser Gruppe haben folgende Vorschläge und Empfehlungen auf dem deutsch-französischen Ministerrat den Regierungen vorgetragen.

### **Bildung**

- Eltern aktiver und intensiver in das Schulleben mit einbeziehen.
- Ernennung eines Bildungspaten, der die Schulzeit und Ausbildung begleitet.
- Zuweisung der Schule unabhängig vom Einzugsgebiet.
- Zugang zu Bildung unabhängig von dem Aufenthaltsstatus.
- Stärkeres und kontinuierliches finanzielles Engagement in den Bereichen Bildung und Jugendarbeit.
- Ganztagschule mit Kultur- und Sportangebot am Nachmittag.
- Einführung von Praktika in die gesamte Schullaufbahn.

### **Europäisierung**

- Einführung der Themen „kulturelle Vielfalt“ und „Globalisierung“ in den Lehrplan der Schulen.
- Möglichkeit einer europäischen Ausbildung, finanziert durch die EU.
- Schaffung einer europäischen Arbeitsagentur.
- Gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse auf europäischer Ebene.

### **Integration**

- Einrichtung einer staatlichen Behörde zur Unterstützung von Einwanderern.

- Bekämpfung der Ghettoisierung durch gesteuerten sozialen Wohnungsbau.
- Erleichterung der Einbürgerung, da diese ein wichtiger Schritt in Richtung Integration ist.
- Sprachkurse kostenfrei und verpflichtend für alle.

### **Kultur**

- Organisation von Begegnungen zwischen Jugendlichen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft.
- Erstellung einer europäischen Informationsbroschüre zur Aufklärung über Migration in Europa (Statistiken, gesetzlicher Rahmen).
- Einrichtung eines europäischen Zentrums zur Geschichte der Migration.

### **Diskriminierung**

- Kompetenznachweis bei Bewerbungen anstelle von herkömmlichen Lebensläufen.
- Organisation einer europäischen Konferenz zur Berichterstattung in den Medien (mit Vertretern aus Presse, Politik, Vereinen und Religionsgemeinschaften).
- Einrichtung einer europäischen Jugendkommission zu den Themen Diskriminierung, Migration und kulturelle Vielfalt usw. und Erstellung eines Jahresberichts für die europäischen Regierungen.
- Anonymität bei Kreditanfrage, um Ungleichbehandlung vorzubeugen.

## DIE CHARTA DER VIELFALT DER UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND

### DIVERSITY ALS CHANCE

Die Vielfalt der modernen Gesellschaft, beeinflusst durch die Globalisierung und den demographischen Wandel, prägt das Wirtschaftsleben in Deutschland. Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt in unserer Belegschaft, als auch die vielfältigen Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden und Geschäftspartner. Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen.

Die Umsetzung der "Charta der Vielfalt" in unserem Unternehmen hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potentiale schafft wirtschaftliche Vorteile für unsere Unternehmen.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen bei Gesprächspartnern und Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Im Rahmen dieser Charta werden wir

1. eine Unternehmenskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedem Einzelnen gegenüber geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den

Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.

2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.
3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb des Unternehmens anerkennen, die darin liegenden Potentiale wertschätzen und für das Unternehmen gewinnbringend einsetzen.
4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.
5. über unsere Aktivitäten und die Entwicklung zur Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.
6. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Diversity informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.

## FRANZÖSISCHE CHARTA DER VIELFALT IM UNTERNEHMEN

Den Pluralismus zu fördern und die Vielfalt durch eine entsprechende betriebliche Einstellungs- und Personalpolitik voranzutreiben – das ist ein Fortschrittsfaktor für Unternehmen. Ein solches Vorgehen trägt zur Effizienz und zur Qualität der sozialen Beziehungen des Unternehmens bei. Es kann eine positive Wirkung auf die Wahrnehmung des Unternehmens durch seine Kunden, Lieferanten und Verbraucher sowohl in Frankreich als auch in der ganzen Welt haben.

Die von unserem Unternehmen angenommene „Charta der Vielfalt“ hat das Ziel, unser Engagement in Frankreich hinsichtlich der kulturellen, ethnischen und sozialen Vielfalt in unserer Betriebsverfassung zu verankern.

Gemäß dieser Charta verpflichten wir uns:

1. die Führungskräfte und Mitarbeiter im Bereich Personal, Fort- und Weiterbildung für die Herausforderungen der Nicht-Diskriminierung und der Vielfalt zu sensibilisieren und auszubilden.
2. die Anwendung des Grundsatzes der Nicht-Diskriminierung in allen Bereichen der Personalverwaltung, insbesondere bei der Einstellung, Ausbildung und bei der beruflichen Fort- und Weiterbildung zu respektieren und zu fördern.
3. die Vielfalt der französischen Gesellschaft, ganz besonders ihre kulturelle und ethnische Vielfalt in unserer Belegschaft auf allen Qualifikationsebenen widerzuspiegeln.
4. gegenüber allen unseren Partnern unser Engagement für Nicht-Diskriminierung und Vielfalt zu vermitteln und sie über die praktischen Ergebnisse unseres Engagements zu unterrichten.

5. die Erarbeitung und Umsetzung einer Politik der Vielfalt zum Gegenstand des Dialogs mit allen Vertretern der Belegschaft zu machen.
6. in den Jahresbericht ein Kapitel aufzunehmen, das unser Engagement für Nicht-Diskriminierung und Vielfalt beschreibt und alle eingeleiteten Maßnahmen, deren Umsetzung und Ergebnisse darstellt.

**JAHRESKONFERENZ DER DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN  
ORGANISATIONEN AUS WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT  
IM CONSEIL ÉCONOMIQUE ET SOCIAL, PARIS  
19. Januar 2007**

Die Jahreskonferenz wird vom Conseil économique et social in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg (dfi) und mit Unterstützung des französischen Außenministeriums ausgerichtet. Zielsetzung dieser jährlichen Treffen ist es, den Austausch zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Zivilgesellschaft zu verstärken. Dieses Anliegen wurde auch in der gemeinsamen Erklärung des Staatspräsidenten und des damaligen Bundeskanzlers anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrags 2003 zum Ausdruck gebracht.

Die erste Jahreskonferenz (2005) mit dem Rahmenthema „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation: Bedingungen für ein förderliches Umfeld“ hat es den Teilnehmern erlaubt, sich über ihre Erfahrungen in den Bereichen Forschung, Berufsbildung und Wirtschaftsförderung auszutauschen.

Die nächste Jahreskonferenz findet am 19. Januar 2007 in Paris im Palais d'Iéna, Sitz des französischen *Conseil économique et social* (CES), statt zum Thema:

**Integration und Chancengleichheit.**

**Die Zukunft der Jugendlichen in Deutschland und Frankreich**

Der Begriff „Integration“ wird in unseren beiden Ländern unterschiedlich gebraucht und verweist auf unterschiedliche historische Hintergründe und Staatsmodelle. Wir verwenden ihn in einem weiten Sinne und verstehen darunter sowohl die soziale und berufliche Eingliederung als auch die kulturelle Integration.

Im Mittelpunkt der Diskussionen sollen die Phänomene von Diskriminierung, schulischem und beruflichem Versagen und Marginalisierung stehen, von denen zahlreiche Jugendliche in beiden

Ländern betroffen sind. Ziel ist es, Erfahrungen und Analysen in den Bereichen Schule und Arbeitswelt auszutauschen.

### **Schule**

Die mangelnde Chancengleichheit beim Zugang zu den Grundfertigkeiten, die Jugendliche aufgrund ihrer Herkunft oder aufgrund ihres Wohnorts erleiden, ist sowohl in Frankreich als auch in Deutschland offensichtlich. Schulabbrecher und Jugendliche ohne Berufsausbildung gibt es in beiden Ländern in besorgniserregendem Maße. Folgende Fragen sollen diskutiert werden:

- Wie kann die Schule auch in Zukunft ihre Aufgabe als Schlüssel für kulturelle Integration und sozialen Aufstieg erfüllen?
- Soll die Schule auf soziale Mischung ihrer Schulklassen hinarbeiten?
- Wie kann für alle Schüler ein hohes Niveau an Sprachkompetenz in der Landessprache gewährleistet werden?
- Wie kann differenzierte und individualisierte Beratung und Unterstützung in der Schule organisiert werden?

### **Arbeitswelt**

Ein neuralgischer Punkt ist die erste Anstellung im Arbeitsmarkt. Dem deutschen dualen Ausbildungssystem mit seinen Stärken und Schwächen steht in Frankreich die Bemühung um mehr innerbetriebliche Lehrverträge bei gleichzeitigen erheblichen Widerständen gegenüber. Auch die Hochschulausbildung, vor allem im Hinblick auf die Anbindung an die Wirtschaft, sollte bei den Diskussionen berücksichtigt werden.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Tatsache, dass sich die Karriereverläufe heute gegenüber früher stark verändert haben und von häufigem Wechsel und geringerer Sicherheit geprägt sind. Hinzu kommt die Gefahr der Diskriminierung beim Karriereverlauf. Folgende Fragen sollen behandelt werden:

- Wie passen sich die beiden unterschiedlichen Systeme an die heutige Situation an?



- Wie kann die Fähigkeit der jungen Erwachsenen erhöht werden, sich beruflich und sozial besser zu integrieren?
- Wie kann Chancengleichheit bei der Rekrutierung im Arbeitsmarkt gewährleistet werden?
- Wie kann das Verhältnis von jungen Menschen zur Unternehmenswelt verbessert werden?
- Wie kann Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindert werden?

Die kulturelle Integration von Jugendlichen ist sowohl in Frankreich als auch in Deutschland eine Querschnittsaufgabe, die alle genannten Bereiche betrifft. Die in jüngster Zeit erhöhte Mobilität einzelner Gruppen und die zunehmende kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft, die sowohl die schulischen Aspekte als auch die Arbeitswelt betreffen, erschwert die Integrationsaufgabe der Schule und des Arbeitsmarkts. Allerdings kann man diese Situation auch als positiv betrachten, wenn man hohe Mobilität und Sprachenvielfalt als Ausdruck von Dynamik und Solidarität in einem im Aufbau befindlichen Europa und in einer globalisierten Wirtschaft versteht.

### **Die Teilnahme Jugendlicher und junger Erwachsener an der deutsch-französischen Konferenz**

Der CES hat sein Jugendparlament am 29. September 2006 abgehalten. Mehrere Hundert Jugendliche, die Organisationen der Zivilgesellschaft vertraten, waren zu einem Gedankenaustausch zusammengekommen. Folgende Themen wurden von einer überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen als zentrale Problembereiche angesprochen: Beratung und Unterstützung im schulischen System, Zugang zum Arbeitsmarkt, Fortbildung, Chancengleichheit und die materielle Lebenssituation.

Angesichts der konvergierenden Thematik und der wichtigen Beiträge, die von den Jugendlichen selbst eingebracht wurden, sollen einige der Jugendlichen im Rahmen dieser Konferenz zu Wort kommen.



# KALENDER 2006/2007

## KALENDER 2006/2007

Deutsch-Französischer Ministerrat: Auftakt für das deutsch-französische Forum guter Praxis im Bereich „Integration und Chancengleichheit“



Deutsch-französischer Erfahrungsaustausch für städtische Angestellte und Sozialarbeiter  
Träger: Stiftung Genshagen



Treffen Land Hessen und Région Aquitaine zum deutschen Programm „Start“, sportliche Betätigung von Frauen mit Migrationshintergrund.

Träger: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Région Aquitaine und Ministère de la Jeunesse et du Sport



Cinéville , un été au ciné. Schreib- und Regieateliers für junge Deutsche und Franzosen

Träger: Région Lorraine und Ministère de la Culture et de la Communication



Kolloquium über „Islam und Integration in Frankreich und Deutschland“

Träger: Friedrich Ebert Stiftung und Institut Français des Relations Internationales



Forum guter Praxis: Erfahrungsaustausch zwischen öffentlichen und privaten Akteuren

Träger: Ministère délégué aux Affaires européennes; Auswärtiges Amt ; Ministère de la promotion de l'Egalité des Chances ; Staatsministerin für Integration; Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg



Deutsch-französisches Netzwerk zum Austausch erfolgreicher Praxis auf regionaler und lokaler Ebene

Träger: Stiftung Genshagen und DFJW



Deutsch-Französisches Unternehmertreffen mit einem Schwerpunkt zum Thema „Integration“

Träger: Evian-Gruppe, Danone und Bosch



Studienreise für die französische Regionalpresse zum Thema „Gesellschaft der Zukunft“

Träger: Robert Bosch Stiftung, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg



Kolloquium „Paris-Berlin“ zum Thema Integration und Chancengleichheit

Träger: Bundestag und Assemblée Nationale



Arbeitssitzung der Freundschaftsgruppe Sénat –  
Bundesrat mit einem Schwerpunkt zum Thema  
„Integration“

Träger: Bundesrat und Sénat



Erklärung junger Franzosen und Deutscher vor dem  
Staatspräsidenten und der Bundeskanzlerin  
anlässlich des Deutsch-Französischen Ministerrats  
Vorbereitung: DFJW



Studienreise für deutsche Journalisten zum Thema  
Integration

Träger: Robert Bosch Stiftung und Deutsch-  
Französisches Institut Ludwigsburg



Festival des französischsprachigen Films:  
„Schwerpunktthema Banlieues“

Träger: Verein Französische Filmtage Tübingen



Einrichtung einer europäischen Diskussionsplattform  
zum Thema „Kampf gegen rassistisch motivierte  
Diskriminierung am Arbeitsplatz“ im Rahmen des  
europäischen Programms EQUAL (Seminarreihe in  
Deutschland, Frankreich, Schweden, Ungarn)

Träger: Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
und Ministère de l'Emploi



Fachtagung „Partizipation Jugendlicher aus benachteiligten Stadtteilen: Ausweg, Irrweg oder Sackgasse?“

Träger: Observatoire Régional de l'Intégration et de la Ville Alsace, Evangelische FH Freiburg, Freiburger Regionaler Arbeitskreis Gemeinwesenarbeit



Zweite grenzüberschreitende Begegnung der Akteure der Integration „ ‚Good practice‘-Erfahrungen austauschen –gemeinsame Arbeitsinstrumente entwickeln“

Träger: Der Verein Culture et Liberté in Zusammenarbeit mit Ancsec, der Stadt Sarreguemines und der Landeshauptstadt Saarbrücken



Kolloquium „Migration und Integration: Europas große Herausforderung. Welche Rolle spielen die Medien?“

Träger: WDR, France Télévisions, Europäische Rundfunkunion



Seminar „Stadterneuerung“

Träger: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Ministère de l'emploi, de la cohésion sociale et du logement



Zweite Jahreskonferenz der französischen und deutschen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft zum Thema „schulische, soziale und berufliche Integration“

Träger: Conseil économique et social und Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg



Folgekonferenz Hessen-Aquitaine zum Thema  
sportliche Betätigung von Frauen mit  
Migrationshintergrund

Träger: Hessisches Ministerium des Innern und für  
Sport, Région Aquitaine und Ministère de la Jeunesse  
et du Sport



Kolloquium „Alle zusammen oder jeder für sich ?  
Zwischen Ethnozentrismus und Integration“

Träger : B.I.L.D. / GÜZ



Konferenz: Austausch guter Praxisbeispiele zwischen  
deutschen und französischen Bürgermeistern zum  
Thema „Kommunales Integrationsmanagement“

Träger: Robert Bosch Stiftung, Freudenberg Stiftung  
und Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg



Kolloquium der Partnerstädte Ludwigsburg-  
Montbéliard zum Thema „Kommunales  
Integrationsmanagement“

Träger: Stadt Ludwigsburg und Stadt Montbéliard



Deutsch-Französischer Dialog: „Zuwanderungsland  
Europa“

Träger: ASKO EUROPA-STIFTUNG





Deutsch-Französische Sommeruniversität zum  
Thema „Integration und Chancengleichheit“  
Träger: Universitäten mit Unterstützung der Deutsch-  
Französischen Hochschule



Ausstellung „Selbstbilder – Fremdbilder in  
Deutschland und Frankreich im 19. und 20.  
Jahrhundert“  
Träger: Deutsches Historisches Museum und Cité  
nationale de l'histoire de l'immigration





# ANHANG

CATHERINE COLONNA  
Ministre déléguée aux Affaires européennes  
Ministère des Affaires étrangères  
37, quai d'Orsay  
75700 Paris Cedex 07

[www.diplomatie.gouv.fr](http://www.diplomatie.gouv.fr)

AZOUZ BEGAG  
Ministre délégué à la Promotion de l'Égalité des Chances  
35, rue Saint Dominique  
75007 Paris

[www.egalitedeschances.gouv.fr](http://www.egalitedeschances.gouv.fr)

MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR  
ET DE L'AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE  
Place Beauvau  
75008 Paris

[www.interieur.gouv.fr](http://www.interieur.gouv.fr)

AGENCE NATIONALE POUR LA COHÉSION SOCIALE ET  
L'ÉGALITÉ DES CHANCES (ANCSEC)  
209, rue de Bercy  
75585 Paris Cedex 12

[www.lacse.fr](http://www.lacse.fr)

HAUTE AUTORITÉ DE LUTTE CONTRE LES DISCRIMINATIONS  
ET POUR L'ÉGALITÉ (HALDE)  
11, rue Saint-Georges  
75009 Paris

[www.halde.fr](http://www.halde.fr)

HAUT CONSEIL A L'INTÉGRATION (HCI)  
7, rue Saint-Georges  
75009 Paris

[www.hci.gouv.fr](http://www.hci.gouv.fr)

INSTITUT NATIONAL DE LA STATISTIQUE ET DES ÉTUDES  
ÉCONOMIQUES (INSEE)  
18, bd. Adolphe Pinard  
75014 Paris

[www.insee.fr](http://www.insee.fr)

GÜNTER GLOSER  
Staatsminister für Europa  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)  
[www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de)

MARIA BÖHMER  
Staatsministerin beim Bundeskanzleramt und Beauftragte der  
Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

[www.integrationsbeauftragte.de](http://www.integrationsbeauftragte.de)

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (BMI)  
Alt-Moabit 101 D  
10559 Berlin

[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)  
[www.zuwanderung.de](http://www.zuwanderung.de)

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF)  
Frankenstr. 210  
90461 Nürnberg

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB)  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn

[www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

BUND-LÄNDER-PROGRAMM SOZIALE STADT  
DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK (DIFU)  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

[www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)

STATISTISCHES BUNDESAMT  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Institut Franco-Allemand (dfi)  
Bureau de Paris  
24, rue Marbeau  
F - 75116 Paris

Téléphone : +33 (0) 1 44 17 02 41  
Télécopie : +33 (0) 1 44 17 02 31

Courriel : [dfi-paris@dfi.de](mailto:dfi-paris@dfi.de)

---

Deutsch-Französisches Institut (dfi)  
Asperger Straße 34  
D - 71634 Ludwigsburg

Téléphone : +49 (0) 7141 93 03 0  
Télécopie : +49 (0) 7141 93 03 50

Courriel : [info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)

[www.dfi.de](http://www.dfi.de)

dfi

Deutsch-  
Französisches  
Institut